

Holzarbeiter-Zeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Erscheint wöchentlich am Sonnabend.
Abonnementspreis Mr. 1,50 pro Vierteljahr. Zu bezahlen durch
alle Postanstalten. Für Verbandsmitglieder unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: M. Kayser, Berlin.
Für die Expedition und den Anzeigenteil: Eduard Steindrenner, Berlin.
Redaktion und Expedition: Berlin C. 2, Neue Friedrichstr. 2.

Inserate für die vorgepresste Zeitung oder deren Raum 60 Pf.
Vergnügungsanzeigen und Arbeitervermittlungen 30 Pf.
Versammlungsanzeigen 15 Pf.

Der Deutsche Holzarbeiterverband im Jahre 1912.

Die allgemeine Geschäftslage übt auf die Mitgliederbewegung unserer Organisation einen wesentlichen Einfluß aus. Bei flottem Geschäftsgang sinkt die Arbeitslosenziffer und die Zahl der Verbandsmitglieder steigt lebhaft an. Das Tempo der Mitgliederzunahme verlangsamt sich aber sofort wieder, wenn die Zahl der Arbeitslosen steigt. Die Ergebnisse der monatlichen Arbeitslosenzählungen im Verband sind somit ein brauchbarer Barometer, von dem man nicht nur den Geschäftsgang in der Holzindustrie ablesen kann, sondern der auch Schlüsse auf die Mitgliederbewegung in unserem Verband zuläßt.

Wer die Arbeitslosenstatistik für das Jahr 1912 verfolgt hat, wird durch die Feststellung der Tatsache, daß das Tempo des Mitgliederzuwachses sich im vergangenen Jahre verlangsamt hat, nicht überrascht sein. Zwar haben wir wieder einen schönen Fortschritt zu verzeichnen, die Zahl der Verbandsmitglieder ist im Jahre 1912 um 14.060 gestiegen und unser Verband zählt am Jahresende 196.810 Mitglieder,

aber unsere Hoffnung, noch im Jahre 1912 das zweihunderttausend voll zu machen, hat sich nicht erfüllt. Die Mitgliederzahl hat sich nur um 7,7 Proz. erhöht, während die 17.708 Mitglieder, welche der Verband im Jahre 1911 gewonnen hat, 10,7 Proz. des Bestandes am Beginn jenes Jahres ausmachen.

Das Jahr 1911 bildete gewissermaßen einen Höhepunkt in der Entwicklung des Verbandes, der zufolge seines mit einer Zeit verhältnismäßig guten Geschäftsganges. Im Jahre 1909 waren im Jahresdurchschnitt 3,55 Proz. der Verbandsmitglieder arbeitslos, die Mitgliederzunahme betrug in diesem Jahre 5,2 Proz. Im Jahre 1910 sank die durchschnittliche Arbeitslosenziffer auf 2,98 Proz., zugleich ließ die Mitgliederzahl um 8,7 Proz. Das Jahr 1911 brachte den verhältnismäßig besten Stand der Arbeitslosigkeit; im Jahresdurchschnitt waren nur 2,49 Proz. der Verbandsmitglieder arbeitslos. Parallel damit geht der Mitgliederzuwachs, die Mitgliederzahl stieg um 10,7 Proz. Das Jahr 1912 brachte einen Rutschtag, die Arbeitslosigkeit lag im Jahresdurchschnitt auf 3,15 Proz., die Wirkung dieser Erhöhung äußert sich darin, daß wir unsere Mitgliederzahl nur um 7,7 Proz. steigern konnten. Die Erkenntnis des Einflusses, den die Arbeitslosigkeit auf den Mitgliederstand des Verbands ausübt, sollte die Kollegen veranlassen, in Zeiten schlechten Geschäftsganges der Konsolidation erhöhte Aufmerksamkeit zuzuwenden.

Entspricht die Mitgliederzunahme des Jahres 1912 mit den gegebenen Erwartungen, so kann immerhin die erfreuliche Tatsache konstatiert werden, daß die Fluktuation der Mitglieder geringer geworden ist. Die Fluktuation ist ein leidiges Kapitel in der Geschichte der Gewerkschaften. In einer großen Organisation ist es natürlich ausgeschlossen, daß alle im Laufe eines Jahres aufgenommenen Mitglieder am Schluss des Jahres ohne Zeit als Zuwachs registriert werden können. Man muß regelmäßig mit einem größeren oder geringeren Abgang durch Tod, Eintritt zum Militär, durch Berufswechsel usw. rechnen. Aber eine sehr erhebliche Zahl von Mitgliedern geht dem Verband verloren durch die Aufgabe der Mitgliedschaft. Eine genaue Übersicht darüber, inwieweit die einzelnen Ursachen beim Mitgliederverlust in Frage kommen, läßt sich nicht geben, nur die Gesamtzahl der verlorenen Mitglieder ist bekannt. Im Jahre 1912 wurden 51.370 Mitglieder aufgenommen. Das würde mit den 182.750, die am Schluss des Jahres 1911 vorhanden waren, 234.120 ergeben. Tatsächlich betrug der Mitgliederstand am Jahresende nur 196.810, also sind 37.310 Mitglieder im Laufe des Jahres aus den verschiedensten Ursachen wieder verloren gegangen. Ein Vergleich dieser letzten Zahl mit den 34.120 Mitgliedern, die wir gehabt hätten, wenn kein Verlust entstanden wäre, ergibt, daß die Fluktuation der Mitglieder im Jahre 1912 15,9 Proz. betrug. Das ist gegenüber anderen Organisationen ein recht gutes Ergebnis. Ein Vergleich mit den entsprechenden Zahlen unseres Verbandes aus früheren Jahren zeigt aber auch einen erfreulichen Rückgang der Fluktuation. Diese betrug im Jahre 1908 noch 25,6 Proz., 1909 war sie auf 21,6 Proz. zurückgegangen, im 1910 wieder auf 22,1 Proz. zu steigen. Im Jahre 1911 betrug sie noch 18,8 Proz. und das Jahr 1912 brachte nun einen weiteren Rückgang auf 15,9 Prozent.

Stärker wie die Gesamtzahl ist die der weiblichen Mitglieder gestiegen, nämlich von 6349 auf 7193, also um 844 oder 13,3 Proz., während die Zunahme der männlichen Mitglieder nur 7,4 Proz. beträgt. Diese verhältnismäßig starke Zunahme der weiblichen Mitglieder ist wohl in erster Linie auf die steigende Beschäftigung von Arbeitnehmerinnen in der Holzindustrie zurückzuführen, sie beweist aber, daß unsere Kolleginnen der Organisation ein wachsendes Interesse entgegenbringen. Die Zahl der jugendlichen Mitglieder ist um 293, von 823 auf 1116 gewachsen. Es handelt sich hier um ungelernte Arbeiter unter 17 Jahren, die bei Erreichung dieser Altersgrenze als Vollmitglieder übernommen werden. Lehrlinge werden bekanntlich nicht in den Verband aufgenommen.

Die größere Arbeitslosigkeit im Jahre 1912 hat die Ausgaben für Unterstützung wesentlich anwachsen lassen. Nicht nur die Arbeitslosenunterstützung, auch die Reise- und die Krankenunterstützung hat erheblich höhere Beiträge erfordert, als das im Jahre 1911 der Fall war. Dagegen sind die Streikosten beträchtlich zurückgegangen. In und für sich ist der Betrag, der für Streikunterstützung ausgegeben wurde, durchaus nicht gering, er erscheint nur klein, wenn man ihn mit den Ausgaben im Jahre 1911 vergleicht. Hier waren es aber einige besonders umfangreiche und langwierige Kämpfe, von denen der in Hamburg in erster Linie zu nennen ist, welche das Streikostenonto außerordentlich anschwellen ließen. So große Kämpfe waren im Jahre 1912 nicht zu führen, aber deshalb hat es auch im vergangenen Jahre dem Verband nicht an Kämpfen und Erfolgen gefehlt.

Es kann nicht oft genug wiederholt werden, daß die verschiedenartigen Unterstützungen, die der Verband seinen Mitgliedern gewährt, nur Mittel sind, die es unserer Organisation erleichtern, ihren eigenlichen Zweck, die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen der Kollegen um so nachdrücklicher zu verfolgen. Nichtdestoweniger bedeuten die Unterstützungsausgaben nicht nur einen wichtigen Posten im Budget des Verbandes, auch jeder einzelne Kollege, der in die Lage kommt, die Unterstützung des Verbandes in Anspruch zu nehmen, empfindet darüber den Wert der von unserer Organisation geschaffenen Einrichtungen. Im Jahre 1912 ist den Mitgliedern des Deutschen Holzarbeiterverbandes aus dessen Haupt- und Lokalkassen die Summe von

3.676.180 Mark an Unterstützungen zugeslossen. Auf die einzelnen Unterstützungswege verteilen sich die Ausgaben folgendermaßen:

Reiseunterstützung	140.133,13	Mr.
Arbeitslosenunterstützung	1.389.486,79	"
Streikunterstützung	876.242,40	"
Krankenunterstützung	989.639,58	"
Gefangenunterstützung	71.587,17	"
Sterbegeld	65.610,-	"
Umgangsunterstützung	47.609,96	"
Notfallunterstützung	72.755,-	"
Rechtschutz	23.123,92	"
Zusammen	3.676.180,90	Mr.

Dem Umstand, daß unser Verband im Jahre 1912 nicht im gleichen Maße wie im Jahre zuvor durch riesige Kämpfe in Anspruch genommen war, ist es zu danken, daß der Kriegsschatz des Verbandes eine beträchtliche Verstärkung erfahren hat. Im Jahre 1911 hat das Vermögen der Verbandskasse nur eine Zunahme um 244.820 Mark erfahren. Die Abrechnung der Hauptkasse für das Jahr 1912 ergibt aber eine Mehreinnahme von 1.579.395 Mark. Damit ist der Bestand der Hauptkasse auf 4.741.348 Mark angewachsen. Zählt man hierzu auch die Bestände in den Gau- und den Lokalkassen, dann ergibt sich, daß unser Verband am Schluss des Jahres 1912 über ein

Bermögen von 7.221.570 Mark

verfügte. Das ist eine sehr bedeutende Summe, die uns in den Stand setzt, nötigenfalls auch einen großen Kampf mit Aussicht auf Erfolg aufzunehmen. Wir dürfen uns aber durch die Größe des Verbandsvermögens nicht blenden lassen. Auf den Kopf des Mitgliedes berechnet, gibt es nur 36,18 Mr. Wir haben also alle Ursache, darauf bedacht zu sein, daß unser Kriegsschatz weiter verstärkt wird, denn neben einer kampfeststürzigen Armee organisierter Kollegen ist ein großer Kriegsschatz eine gute Friedensbürgschaft. Wenn wir unserer Aufgabe gerecht werden, wenn wir uns mit Hilfe unseres Verbandes gute Arbeitsbedingungen verschaffen wollen, dann muß unsere Organisation jederzeit kampfbereit sein. Fertigen wir über ein großes Heer wohldisziplinierter Kämpfer und über gefüllte Kassen, dann wird es uns in vielen Fällen möglich sein, auch unter un-

günstigen Verhältnissen ohne opferreichen Kampf schöne Erfolge zu erzielen. Dafür liefert die soeben beendete große Tarifbewegung ein treffendes Beispiel.

Nicht immer lassen sich Kämpfe vermeiden; auch im Jahre 1912 wurden neben einer Reihe Lohnbewegungen, bei denen es nicht zum Kampf kam, auch eine erhebliche Zahl von Streiks geführt. Obwohl die Streiks des Jahres 1912 bei weitem nicht so hohe Kosten verursachten, als die im Vorjahr, so steht doch die Lohnbewegung des Jahres 1912 jener des Jahres 1911 nur wenig an Umfang nach. Unsere Streikstatistik umfaßt

961 Lohnbewegungen mit 51.449 Beteiligten;

im Jahre 1911 waren 956 Lohnbewegungen mit 62.706 Beteiligten geführt worden. Der weitaus größte Teil der Lohnbewegungen konnte auch im Jahre 1912 wieder ohne Kampf beendet werden. Hierzu gehören 548 Angriffsbewegungen mit 35.140 Beteiligten und 33 Abwehrbewegungen mit 769 Beteiligten. Außerdem wurden 239 Angriffstreiks mit 10.469 Beteiligten geführt, von denen 795 ihre Forderungen ohne Streik bewilligt erhielten; ferner 115 Abwehrstreiks mit 3065 Beteiligten und 31 Aussperrungen, von welchen 2006 Kollegen betroffen wurden. An den gesamten Lohnbewegungen waren auch 1850 Arbeitnehmer beteiligt, davon 1121 an Lohnbewegungen ohne Streik. An den Angriffstreiks nahmen 499, an den Abwehrstreiks 94 Kollegen teil und 136 wurden von den Aussperrungen betroffen.

Über den Erfolg der Lohnbewegungen unterrichtet die nachstehende Übersicht, die sich auf die Kämpfe bezieht, welche am Jahresende beendet waren.

	Erfolgreich		Zumindest teilweise		Erfolgslos							
	zur Stütze	zur Befreiung	zur Stütze	zur Befreiung	zur Stütze	zur Befreiung						
Angriffstreiks	157	67	5867	63	31	13	1999	21	46	20	1509	16
Abwehrstreiks	63	61	2090	71	10	9	817	11	34	30	536	18
Aussperrungen	18	43	771	39	5	17	728	36	12	40	498	25

Nicht alle Lohnkämpfe waren erfolgreich. Wenn ein Kampf unternommen wird, hoffen wohl die Beteiligten, ihn siegreich zu beenden, doch leicht sich der Verlauf nie mit Sicherheit voraussehen. Über selbst in dem ungünstigsten Fall, daß ein Streik resultlos abgebrochen werden mütte, war er nicht vergeblich geführt, wenn die beteiligten Kollegen es verstehen, die richtigen Lehren daraus zu ziehen. Wenn sie, wie es mitunter vorkommt, nutlos werden, die Flinten ins Korn werfen und ihre Organisation im Stich lassen, dann allerdings ist ihre Niederlage vollständig und der Unternehmer wird nicht zögern, sie die Nachs des Siegers spüren zu lassen. Anders, wenn nach der verlorenen Schlacht die Organisation intakt bleibt und die Kollegen sofort damit beginnen, sich zum neuen Kampf vorzubereiten. Die Fälle sind nicht selten, wo es dieses neuen Kampfes gar nicht mehr bedurfte. Um ihm auszureichen, haben schon öfters die Unternehmer ihnen, auch nach einer erlittenen Niederlage noch kampfbereiten Arbeitern „freiwillig“ das zugesagt, was sie zwar beim ersten Anlauf nicht erringen konnten, das sie aber entschlossen waren, bei der nächsten Gelegenheit durchzuführen.

Die Fälle, daß es nicht möglich war, angekündigte Verschlechterungen abzuwehren, waren auch im Jahre 1912 recht selten. Die Statistik verzeichnet 37 Arbeitnehmer, denen die Arbeitszeit um durchschnittlich 3,4 Stunden pro Woche verlängert wurde, und 137 Personen, die sich eine Lohnerhöhung um 1,39 Mr. pro Woche gefallen lassen mußten. Diesen Verschlechterungen stehen aber sehr wesentliche Verbesserungen gegenüber. Als Ergebnis der Lohnbewegungen im vergangenen Jahre wurde erzielt:

Für 31.382 Personen eine Arbeitszeitverkürzung um zusammen 61.352 Stunden oder durchschnittlich 2,0 Stunden pro Woche und

für 37.982 Personen eine Lohnerhöhung um zusammen 77.378,70 Mr. oder durchschnittlich 2,04 Mr. pro Woche.

Dazu kommen noch 41 Kollegen, denen es gelang, eine angekündigte Arbeitszeitverlängerung um durchschnittlich 3,6 Stunden abzuwehren, und 824 Kollegen, welche eine Lohnherabsetzung um durchschnittlich 2,63 Mr. erfolgreich abgewehrt haben.

Zum allgemeinen kann man das Ergebnis der vorjährigen Lohnbewegungen als befriedigend bezeichnen. Das gleiche Urteil löst sich auch über die Gesamtaktivität unseres

Verbandes im letzten Jahre fallen. Das bedeutsamste Ergebnis unserer Jahresbilanz ist die Stärkung unserer Kassen. Das Verbandsvermögen betrug am Schlusse des Jahres 1911 auf den Kopf des Mitgliedes 27,88 M., es ist bis zum Ende des Jahres 1912 auf 86,18 M. angewachsen. Weniger befriedigt die Mitgliederentwicklung. Wir haben zwar Fortschritte gemacht und die Mitgliederzahl gesteigert, aber nicht in dem Maße, wie wir gehofft hatten. Eingangs haben wir auf den schlechten Geschäftsgang als eine Ursache für die geringe Zunahme der Mitglieder hingewiesen. Daraus darf aber nicht etwa geschlossen werden, daß wir nun ruhig zuwarten dürfen, bis der Geschäftsgang sich wieder hebt und infolgedessen die Verbandsentwicklung wieder ein lebhafteres Tempo einschlägt. Wir müssen unseren Augenblick darin sehen, die Schwierigkeiten, die sich uns entgegenstellen, zu überwinden. Dazu gehört Mut und Selbstvertrauen. Kein Hindernis, das sich dem Fortschritt unserer Organisation entgegenstellt, ist unüberwindlich. Gerade in dieser Beziehung ist die diesjährige Tarifbewegung sehr lehrreich. Der gleiche Eifer und die gleiche Energie, die bei dieser Bewegung entwickelet wurden, muß fortlaufend bei der Aktion an den Tag gelegt werden. Wir sind es gewohnt, die höchsten Anforderungen an uns selbst zu stellen. Mag anderer ein Gewinn von mehr als 14 000 Mitgliedern ein großer Fortschritt dünnen, und kann das nicht befriedigen. Wenn sich jeder Kollege seiner Pflicht gegen den Verband bewußt ist, dann werden wir auch in schweren Zeiten bessere Fortschritte ergreifen.

Virtschaftliche Monatsschau.

Februar.

Die Anzeichen für das Heraankommen der Wirtschaftsschwäche mehren sich; der Geschäftsgang in Handel und Gewerbe leidet unter der politischen Spannung. Von einer Überproduktion kann zwar noch in seinem Gewerbebereich gesprochen werden, deshalb wird von der Verdingung des Ballonrieges und der Beseitigung der politischen Schwierigkeiten eine Neubeliebung der wirtschaftlichen Konjunktur erhofft. Ob sich allerdings diese Hoffnung verwirklicht, muß abgewartet werden.

Wenn man den steigenden Verbrauch der wichtigsten Rohstoffe in Betracht zieht, dann muß man daraus auf eine lebhafte Beschäftigung der Industrie schließen. Im Januar standen für den inländischen Verbrauch 148,13 Millionen Doppelzentner Eisenkohlen zur Verfügung, gegen 128,72 Millionen Doppelzentner im Januar 1912. Auch die Produktion von Roheisen hat sich kräftig entwidelt. Die Gewinnung der deutschen Hochofenstöcke stieg von 41,24 Kilo auf den Kopf der Bevölkerung in den Monaten Januar und Februar 1912 auf 46,51 Kilo in der gleichen Zeit dieses Jahres. Berücksichtigt man die Ein- und Ausfuhr, dann stieg die Versorgung Deutschlands mit Roheisen in den beiden ersten Monaten des Jahres von 23,30 Kilo auf 27,57 Kilo auf den Kopf der Bevölkerung.

Mit dem steigenden Verbrauch von Kohle und Eisen harmoniert das günstige Ergebnis der Ein- und Ausfuhrstatistik. Im reinen Warenverkehr stieg die Einfuhr in das deutsche Zollgebiet von 49 356 554 Doppelzentner im Werte von 826,64 Millionen Mark im Februar 1912 auf 52 929 373 Doppelzentner im Werte von 860,70 Millionen Mark im Februar 1913. Im gleichen Zeitraum stieg die Ausfuhr von 51 402 424 Doppelzentner im Werte von 698,64 Millionen Mark auf 63 747 820 Doppelzentner im Werte von 837,22 Millionen Mark.

Vom Idealismus.

ar. Fast erscheint es unwürdig, vom Idealismus zu reden. Doch wo es sich täglich erprobt, darf man es sagen, und zwar auch nur, um falsches Vorurtheil zu entkräften.

Es gibt einige Arten vom Idealismus. Zum einen solche, die nur in der Entwicklung bestehen, die nur bei näherem Rücksiehen als leeres Gejämmer entpuppen. Viele junge Kollegen führen dieses Wort zu viel im Munde, dadurch verliert es ja an Wert.

Zum zweiten in einer kleinen Gruppe irgendwo im Reich ein Dutzend Kollegen am Sonntag ihre Versammlung halten und darüber eine Nachtwache oder einen Wierstat unternehmen und Sonntag nachmittags sich mit Kind und Regel am Tore wieder treffen, um des Gepräge sozialistischer zu halten. Das kann manche leicht zu entflammende Kollegens für Idealisten.

Doch möchte ich nicht allein auf unsere jungen Kollegen. Die Alten in Eben, sie haben die größere Erfahrung — die Jungen haben die größere Begeisterung. Begeisterung für hohe Ziele ist die Sonne des menschlichen Lebens. Es gibt nichts Schöneres als einen jungen Kollegen, der mit Elan für seine Organisation eintreten, sei es in der Partei, im Freiheitsverein oder in der Verbindung. Solche Kollegen sind unsere Freiung. Wenn sie und deren, das Werk der Organisation weiterzuführen, wenn der Tod der Alten abtreten läßt.

Was ist denn eigentlich Idealismus? Sagen wir, ganz allgemein genommen, ist es das Streben, nach dem besten Leben zu leben. Wenn ein Mensch nach einer sozialistischen Idee lebt, wenn er sich in allen seinen Handlungen nach dieser Idee lebt, so darf man ihm einen sozialen Menschen nennen. Soziale Ideen sind die Ideale, von denen ich viel gesprochen habe, und deren so wenig gehandelt wird, vor dem Menschen Menschenseele steht.

Das kann ja nicht gelingen. Ideale fehlt jetzt zu verfolgen, die man niemals erfüllt will. Dennoch, es heißt, er habe es für ein Ideal der Menschheit, welchzeitig freischreien muss. Dann braucht er einen Gott, eine Stütze, sonst kommt er zur Verzweiflung. Da ist nichts da als die Or-

Der anhaltend hohe Geldstand hat die gewerbliche Unternehmungslust sehr stark herabgemindert. Für Neugründungen und Kapitalerhöhungen sind im Februar nur 58,54 Millionen Mark neuinvestiert worden. Gegen die im Februar 1912 neuinvestierten 166,08 Millionen Mark bedeutet das einen rapiden Rückgang. In der Periode 1907 bis 1912 hat der Monat Februar noch nie eine so geringe Unternehmungslust gebracht. Selbst im Februar 1908, der vorher den tiefsten Stand aufwies, wurden noch 72,60 Millionen Mark neuinvestiert. Von der neuinvestierten Summe entfallen 35,58 (im Vorjahr 57,50) Millionen Mark auf Neugründungen, aber nur 17,08 Millionen Mark auf Kapitalerhöhungen, für welche im Februar 1912 noch 108,58 Millionen Mark beansprucht wurden. Das lädt darauf schließen, daß die Industrie der Konjunkturentwicklung kein großes Vertrauen entgegenbringt; es besteht keine sonderliche Neigung, bestehende Betriebe zu erweitern.

Aus den von den Aktiengesellschaften veröffentlichten Bilanzen ergibt sich, daß das in der Industrie angelegte Kapital in den letzten Jahren im allgemeinen eine recht gute Rente abgeworfen hat. Sollte der Ertrag der wirtschaftlichen Unternehmungen in den nächsten Jahren zurückgehen, dann werden die Kapitalisten deshalb nicht Not zu leiden brauchen. Schlimmer wird die Arbeiterschaft das Abschauen des Geschäftsganges empfinden; zumal ihr der Aufschwung der Konjunktur, wenn man von der vermehrten Arbeitsgelegenheit absieht, kaum einen Vorteil gebracht hat. Die eingetretene Lohnsteigerung sind durch die Preissteigerungen für die notwendigen Lebensbedürfnisse nicht nur aufgebraucht worden, im Durchschnitt ist der Nahrungsmittelaufwand sogar bedeutender gestiegen als die Löhne. Aber trotz ihrer glänzenden Profile sehen die Unternehmer dem Verlangen der Arbeiter nach Lohnsteigerung den schärfsten Widerstand entgegen. Nur der Nachsatz der Gewerkschaften gelingt es, ihnen Zugeständnisse abzutrotzen. In den Zeiten schlechten Geschäftsganges ist es deshalb doppelt nötig, daß die Arbeiter treu zu ihrer Organisation halten.

Während im Januar die Unternehmungslust im Holzgewerbe im Gegensatz zu der Erholung, die sich im allgemeinen Wirtschaftsleben zeigte, außerordentlich regen war, zeigt sich im Februar der Rückgang auch hier. Es wurden nur 597 000 M. neuinvestiert, gegen 899 000 M. im Februar 1912. Die lebhafte Gründungstätigkeit im Januar bewirkt allerdings, daß die in den beiden ersten Monaten dieses Jahres neuinvestierte Summe mit 3 318 000 Mark noch weit über den Vertrag von 1 987 000 M. hinausreicht, der in der Vergleichszeit des Vorjahres investiert wurde. Die im Februar neuinvestierte Summe verteilt sich auf 9 Neugründungen, durchweg Gesellschaften mit beschränkter Haftung, für welche zusammen 590 000 M. in Anspruch genommen wurde. Nur eine Gesellschaft hat ihr Kapital um 7000 M. erhöht.

Von den Neugründungen sind zu nennen: Aachener Sperrholz- und Zoumier-Fabrik C. m. b. H. in Aachen. Geschäftsführer sind die Bankiers Alfred und Hermann Vielesfeld in Wiesbaden. Stammkapital 250 000 Mark. Möbelfabrik Meier gemünd C. m. b. H. in Meier gemünd. Geschäftsführer sind Wilhelm Dürr und Karl Reinhard. Stammkapital 30 000 M. Damppfäge- und Hobelswerk Heinke C. m. b. H. in Neu-Stalmetschuk bei Tropow. Geschäftsführer Johannes August Heinke in Berthelsdorf. Stammkapital 25 000 M. Bei der Firma Wandisch u. Weigell C. m. b. H. in Obernhain bei Waltershausen handelt es sich in der Hauptstadt um Fortführung der Thüringer Holzwarenfabrik Wilhelm Weigell. Ge-

schäftsführer sind Karl Wandisch in Gotha und Krit Welgell in Ovelgönne. Stammkapital 20 000 M. — Odenso handelt es sich bei der Gründung der Firma Steinhold Weisse C. m. b. H. in Süderhof um die Umwandlung der seither bestehenden Tischlerei Steinhold Weisse in eine C. m. b. H. Geschäftsführer ist Otto Henkel in Damm bei Süderhof. Stammkapital 20 000 M. Eine Erhöhung ihres Stammkapitals um 7000 M. auf 492 000 Mark hat die Brüder Salier Gesellschaft für Holzhandel und Holzbearbeitung C. m. b. H. in Brüder Salier vorgenommen.

Die Einfuhr von Bau- und Nuppholz betrug im Februar 8 481 143 Doppelzentner im Werte von 20 461 000 Mark gegen 8 476 948 Doppelzentner im Werte von 18 673 000 M. im Februar 1912. Die eingeführte Menge ist also nur um ein geringes gestiegen, dagegen hat sich der Wert der Einfuhr um 0,59 Proz. gehoben. Diese Wertsteigerung dürfte dadurch bedingt sein, daß bei der diesjährigen Einfuhr mehr wertvolle Hölzer in Betracht kamen. Die Ausfuhr von Holzwaren betrug im Februar 66 613 Doppelzentner im Werte von 5 003 000 M. gegen 62 974 Doppelzentner im Werte von 5 600 000 M. im gleichen Monat des Vorjahrs. Hierauf ist die ausgeföhrte Menge um 5,62 Proz. und ihr Wert um 5,42 Proz. gestiegen. Die Ausfuhr von Eisen, Eisenwaren und Eisen und Eisenwaren hat im Februar eine starke Steigerung erfahren. Sie betrug 2964 Doppelzentner im Werte von 1 152 000 M. gegen 2470 Doppelzentner im Werte von 980 000 M. im Februar des Vorjahrs. Das bedeutet eine Steigerung der Menge um 19,58 Proz. und des Wertes um 16,48 Proz. Auch die Ausfuhr von Maschineninstrumenten wies im Februar wieder eine Steigerung auf. In beiden ersten Monaten des Jahres wurden an Slavieren, Harmoniums usw. 35 202 Doppelzentner ausgeführt gegen 29 676 Doppelzentner in der Vergleichszeit des Vorjahrs. Die Ausfuhr von Streichinstrumenten stieg in der gleichen Zeit von 601 auf 872 Doppelzentner, dagegen weisen Slavaturen usw. einen Rückgang von 3606 auf 3017 Doppelzentner auf.

Der Arbeitsmarkt in der Holzindustrie bringt im Februar regelmäßig eine Besserung gegenüber dem Januar, das ist auch in diesem Jahre der Fall, aber die Entwicklung des Arbeitsmarktes ist nur gering. Im Januar kamen bei den berichtigenden Arbeitsnachmessen auf je 100 offene Stellen durchschnittlich 227 Arbeitssuchende, im Februar 218,1. Die Andrangsziffer ist also um 8,9 zurückgegangen. In den vorausgegangenen Jahren war die Entwicklung des Arbeitsmarktes im Februar bedeutend stärker. Auf je 100 offene Stellen kamen durchschnittlich Arbeitssuchende:

	1910	1911	1912	1913
Januar :	310,9	240,8	224,7	227,0
Februar :	284,9	200,7	188,2	218,1
	78,0	40,1	36,5	8,0

Diese Zusammenstellung läßt erkennen, daß die Besserung des Arbeitsmarktes im Februar gegenüber dem Januar von Jahr zu Jahr geringer wird. Der Anstieg in diesem Jahre ist besonders groß und dazu ist auch derandrang auf je 100 offene Stellen berechnet, in diesem Jahr nicht unweesentlich höher als in den beiden vorangegangenen Jahren. Als ein beachtenswertes ungünstiges Moment kommt in Betracht, daß in diesem Jahre die Zahl der Arbeitssuchenden gestiegen ist. Ende Januar waren 4,37 Proz. der Verbandsmitglieder arbeitslos, Ende Februar 4,44 Proz. Ist diese Steigerung auch nicht sehr bedeutend, so fällt sie doch um so mehr ins Gewicht, als in allen früheren Jahren, entsprechend der Verminderung des

geschildert in letzter Zeit aussterben müsse, sagte er, es wäre gerade das Unerreichbare an diesem Ideal, was es der Menschheit so teuer mache, und es erhohe den Mensch, nach einem Ideal zu streben, was er niemals erreichen könne. Losigkeit selbst war ein bewunderungswürdiger Mann von ganz jellerer zäher Energie, wie es nur ganz wenige Menschen gibt. Darum hatte er ein Recht, so zu sprechen, und wenn vernünftiger Mensch wird über einen solchen Mann lachen, wenn auch seine Mede für viele widerstündig flingen mag.

Auch fragt es sich aber für uns: sollen wir jolden vertriegenen Idealen nachjagen? Wir haben Ideale anderer Art, die uns begeistern, weil unter ganzes Leben in anderen Kreisen läuft. Wir müssen darauf bedacht sein, die Massen der Kollegen in höhere Lebensverbindungen zu bringen. Das ist auch ein großes Ideal. Aber es ist nicht so weltentruh, daß wir ihm nicht naher kommen können. Wir haben tatsächlich schon viel von unserem Ideal erreicht. Es fehlt uns nur der historische Blick, wir sehen alles zu kurzichtig an. Viele Kollegen halten nicht selten einen Gesprächsausschau während einer guten Agitationrede für Idealismus, und nächster gehen sie hin und werden kleinmütig, wenn ihnen ein Streit verloren geht.

Sieh doch die Kampfe des ehrgeizigen Proletariats im neuzehnten Jahrhundert an — ist Geschichte! Daran kommt Ihr auch begeistern. Vor achtzig Jahren schafft der Arbeiter mit Werk und Kind auf den Abfallen in den Fabrikshallen, er wußte nichts von Idealen, hatte keine Beziehungen und stand nicht viel höher wie ein Tier. Der Arbeiter von heute ist ein Kulturmensch dagegen, auf seinen Schultern ruht die ganze Kultur der Gegenwart, und erburgt für isten Fortschritt. Wir kämpfen und kämpfen unermüdlich daran, die Lebenslage der Arbeiter zu heben, das ist unsre geistliche Bedeutung, eine spätere Zeit wird es

gaßion, die allein ihn stützen kann. Voll Verwunderung erkennt er die sittliche Kraft, die in ihr liegt, die alle Menschen zu einem großen Ganzen verbindet. Dann erwacht der Wunsch in ihm, an dem ganzen teilzunehmen, es entsteht ein Drang in ihm gegen die Unterdrückung, Ausbeutung und Friedlosigkeit in jeder Gestalt. So wird in seiner Seele die Grundlage für die Ideale der Organisation vom Leben selbst gezeichnet, ohne sein eigenes Zuhören, denn jeder Mensch muß von innen heraus gegen seine gedrückte Lebenslage anstreiken, und je höher der Mensch sich entwickelt, desto kraffvoller führt er diesen Kampf. So bildet das wirtschaftliche Leben heute im Arbeiter selbst die Vorbereidungen zum Idealismus heran. Aber der Idealismus des jungen Kämpfers ist erst ein Gefühl, er ist nicht gefestigt, denn Gefühlswerte sind flüchtige Gaste im Seelenleben.

Warum spricht der ältere Kollege so wenig vom Idealismus? Er handelt! Er handelt nach dem, was ihm notwendig erscheint. Da haben wirs: er handelt nach seinen Zielen. Das ist der höhere Idealismus, der, ohne zu schwächen, das Unerbittliche, das Notwendige tun läßt. Unsere tapfersten Kollegen, die täglich im Kampfe stehen und nicht nach dem fragen, was kleineren Geistern das Leben erleichtert, sind Idealisten, wie wir sie brauchen. Nicht bloße Wissensfüllung ist Idealismus, sondern Aufopferung für den Kampf um das Ideal. Nicht die Zufriedenheit und Geduldigkeiten macht den Idealisten, sondern nur der Kampf. Idealismus ohne Kampf ist ein Unding.

Freilich nennen sich Pfaffen und ähnliche Leute nicht selten auch Idealisten. Wir wollen ihnen die Freude lassen. Aber das eine müssen wir sagen: solchen Idealisten, der verschwommenen und spielerischen Ideen nachgeht, brauchen wir nicht. Für uns gilt eine Idee je höher, als sie geeignet ist, das Gesamtwohl der Menschen auf dem Boden der Wirklichkeit am besten zu fördern. Der philosophische Idealismus der Theologen, der davon aussagt, daß die Welt das Spielzeug eines Gottes sei und die Menschen und Dinge nach dieser Idee behandelt wissen will, ist für die moderne Welt ein abgetötetes Spielzeug des menschlichen Geistes. Wir brauchen praktischen Idealismus, der uns zusammenhängt und unseren Zielen näher bringt.

Warnung vor Zugang!

(Alle Mitteilungen über Differenzen, welche zur Sperrung eines Ortes oder einzelner Betriebe für Verbandsmitglieder Anlaß geben, sind an den Verbandsvorstand zu adressieren. Sie müssen hinreichend begründet und von der Bahnhofstellenverwaltung durch Unterschrift und Stempel beglaubigt sein.)

Zugang ist fernzuhalten von:

Tischlern, Maschinenstern und Hilfsarbeitern nach Apolda (Apollowerke), Premerhaven, Cesteln, Wittenberge (Wittstock), Breslau (Güterslei, Knoppe), Dannenberg a. d. E. (W. Biesenbich), Frankfurt a. O. (Trompler, Hartkapp, Mysius, Bühl, Budoch, Rohde, Lohrberg), Löbnitz i. Pom., Schlawe i. Pom., (S. Last), Selpi i. Pom., Wodz, Werden a. d. Elbe, Wittenberge i. H. (Gustav Naun), Modeltschern nach Offenbach a. M. (Engelbert Kern), Parkettlegern nach Charlottenburg (Arbeitsnachweis des Berufsvorstandes der Berliner Parkettgeschäfte, Ullmannstraße), Schuhstechern nach Offenbach a. M. (Schuhfabrik Hassia), Vergoldern, Grindierern, Bergierern und Barigamachern nach Altona-Ottensen (Bahr u. Schefens), Glattbrugg bei Zürich (Oetters), Fürsten- und Pinselmachern nach Frankfurt a. M. (Gustav Popp), Neinfeld i. Holstein, Storbachern nach Franz-Buchholz.

Andranges am Arbeitsmarkt, auch die Zahl der Arbeitslosen im Februar geringer ist als im Januar. So ging die Arbeitslosenziffer vom Januar auf den Februar zurück im Jahre 1910 von 3,68 auf 2,72 Proz., 1911 von 4,23 auf 3,40 Proz., 1912 von 4,20 auf 3,42 Proz., während sie, wie erwähnt, in diesem Jahre von 4,37 auf 4,44 Proz. stieg.

Von den 117 eingetragenen der Holzindustrie, die im Februar ihre Geschäftsausschlüsse veröffentlicht hatten, so zu nennen die Firma Fahr & Wolf A.-G. in Babelsberg. Bei einem Aktienkapital von 600 000 Mark ergab sich im Jahre 1910/11 ein Verlust von 40 048 Mark. Trotzdem wurde aus einer Sonderrücklage 24 000 Mark Dividende verteilt; im Jahre davor waren 48 000 Mark Dividende verteilt worden. Diesmal mußte auf die Verteilung einer Dividende verzichtet werden. Auch die Firma Fahr & Wolf A.-G. in Mecklenburg abgesehen abgeschlossen. Das Aktienkapital beträgt 300 000 Mark. Der Gewinn, der im Vorjahr 21 886 Mark betrug, ist auf 10 986 Mark zurückgegangen; eine Dividende wurde, wie im Vorjahr, nicht verteilt. — Besser ist das Ergebnis der Schneider u. Hanau A.-G. in Frankfurt am Main. Das Aktienkapital beträgt 1 200 000 Mark. Nach 3916 Mark im Vorjahr 25 020 Mark, Abschreibungen verblieben ein Gewinn von 167 770 Mark (124 231 Mark). Hierzu wurden 72 000 Mark zur Verteilung einer Dividende von 6 Proz. verwendet. Im Vorjahr war mit auf die 200 000 Mark Vorzugsaktien 6 Proz. verteilt worden, während sich die 1 000 000 Mark Stammaktien mit 5 Proz. Dividende begünstigen mühten. — Die Firma Fahr & Wolf A.-G. in Babelsberg in Barth a. Offenbach verfügt über ein Aktienkapital von 100 000 Mark. Nach 6190 Mark (im Vorjahr 6252 Mark) Abschreibungen verblieb ein Gewinn von 15 110 Mark (14 825 Mark). Hierzu wurden 4000 Mark zur Verteilung einer Dividende von 4 Proz. verwendet; im Vorjahr waren nur 3 Proz. Dividende verteilt worden.

Arbeitszeit und Löhne im Tischlergewerbe.

IV. (Schlag)

Die Aufarbeitung des durch die Statistik gewonnenen Materials über die Löhne ist nach zwei Richtungen erfolgt. Neben der Berechnung der durchschnittlichen Verdienste in den Betrieben ist auch festgestellt worden, wie sich die Löhne für die einzelnen Branchen gestalten. Für diese Untersuchung lagen 94 227 Lohnangaben vor, die sich auf die Branchen folgendermaßen verteilen: Tischler 76 187 = 80,8 Proz., Maschinenarbeiter 9772 = 10,4 Proz., Polierer 4595 = 4,9 Proz., Drechsler 888 = 0,9 Proz. und Hilfsarbeiter 2388 = 3,0 Proz. Der durchschnittliche Wochenverdienst ist am höchsten bei den Polierern, die Tischler folgen mit 52,3 Proz. auf zweiter Stelle, während sie mit dem durchschnittlichen Wochenlohn vor den Polierern rangieren. Diese scheinbare Unstimmigkeit findet ihre Erklärung darin, daß bei den Tischlern die Arbeitsschicht stärker verbreitet ist als bei den Polierern, so daß ihre tatsächlich erzielten Wochenverdienste höher sind als der vereinbarte Stundenlohn. Von den Tischlern hat die Hälfte, genauer 50,9 Proz. einen Stundenlohn von 51 Pf. und darüber, bei 21,3 Proz. steigt der Stundenlohn über 60 Pf. In dieser höchsten Lohnklasse sind 30,6 Proz. der Polierer, von denen sogar 60,4 Proz. mehr als 50 Pf. Stundenlohn haben. Zu den niedrigsten Lohnklassen bis 35 Pf. sind 10,1 Proz. der Polierer, aber nur 7,2 Proz. der Tischler. Bei den Maschinenarbeitern sind diese niedrigsten Lohnklassen stärker vertreten, sie umfassen 18,7 Proz. der Gesamtzahl, während 46,2 Proz. mehr als 50 Pf. Stundenlohn haben. Am ungünstigsten stehen, abgesehen von den Hilfsarbeitern, die Drechsler. Von ihnen haben 18,5 Proz. Löhne von 35 Pf. und darunter, und nur 28,0 Proz. kommen auf mehr als 50 Pf. Über 60 Pf. Stundenlohn steigen nur 6,6 Proz. der Drechsler.

Sehr groß sind die Unterschiede, wenn man die durchschnittlichen Stundenlöhne in den einzelnen Orten vergleicht. Nachstehend geben wir eine Zusammenstellung der Orte mit den höchsten und niedrigsten durchschnittlichen Stundenlöhnen getrennt nach den einzelnen Branchen. Der höchste und der niedrigste Durchschnitt beträgt bei den

Tischlern (über 60 und unter 30 Pf.): Friedrichshagen 77,9, Französisch-Buchholz 75,1, Cöpenick 74,0, Gr. Lichtenfelde 73,1, Lichtenhof 72,7, Berlin 72,5, Steglitz 71,9, Blankensee 71,8, Hamburg 70,7, Spandau 67,7, Prenzlauer Berg 67,5, Oberschöneweide 66,8, Erlauer 63,7, Harburg 63,5, München 61,8, Pasing 61,0, Kiel 60,7, Köln 60,5, Romane 69,5, Leipzig 60,4, Pinneberg 60,3, Adlershof 60,2, Pergedorf 60,1, Gaildorf 30,0, Amorbach 30,0, Seiffenerdorf 29,9, Gladbeck 29,7, Neuhausen 27,7, Pegnitz 20,2;

Maschinenarbeiter (über 60 und unter 30 Pf.): Steglitz 77,4, Cöpenick 74,4, Gr. Lichtenfelde 72,2, Hamburg 69,8, Berlin 69,5, Pasing 65,8, Spandau 64,6, München 64,2, Bochum 62,7, Essen 62,5, Köln 61,7, Frankfurt a. M. 61,6, Kiel 61,4, Dortmund 61,4, Düsseldorf 60,9, Herne 60,0, Driesen 29,9, Langenhorn 29,7, Ohlendorf 29,7, Niederrhein 29,6, Schmiedeberg 29,4, Burglau 29,2, Streit 28,9, Hamm 28,8, Schönlanke 28,7, Erdmannsdorf 28,7, Liegnitz 28,6, Stolp 28,6, Cederan 28,5, Vaudan 28,5,

Natibor 27,5, Babelsberg 28,0, Bubenheim 28,1, Grieshaber 25,8;

Policierern (über 68 und unter 38 Pf.): Berlin 88,8, Hamburg 62,0, Kiel 61,2, München 59,9, Posen 59,6, Frankfurt a. M. 59,5, Leipzig 59,0, Düsseldorf 58,9, Bremen 58,4, Mainz 58,4, — Ulm 52,7, Thentar 52,8, Schönlanke 52,2, Herzberg 51,2, Schönlanke 50,2, Liegnitz 57,8, Driesen 27,6, Natibor 25,1;

Drechsler (über 64 und unter 40 Pf.): Berlin 68,6, München 60,8, Leipzig 58,7, Bremen 58,8, Elberfeld 55,0, Stuttgart 54,2, — Schönlanke 58,7, Schönlanke 58,8, Lubbenau 55,0, Driesen 54,0, Coswig 54,0, Stolp 52,4;

Hilfsarbeitern (über 45 und unter 28 Pf.): Essen 50,5, Elberfeld 50,0, Offenbach 48,8, Hamburg 47,4, Düsseldorf 45,5, Berlin 46,1, — Bayreuth 44,0, Erdmannsdorf 44,0, Langenhorn 44,0, Schönlanke 43,0, Neubarm 43,8, Liegnitz 43,4, Chemnitz 42,0.

An dieser Stelle sei auch ein Drucksatzer berichtet, der sich in der Tabelle auf S. 184 der Statistik eingetragen hat. Der durchschnittliche Stundenlohn für Dresden beträgt nicht, wie dort angegeben, 50,2, sondern wie auf Seite 58 richtig verzeichnet ist, 57,8 Pf.

Interessante Vergleiche werden in der Statistik über die Wirkung gezogen, welche die Tarifverträge auf die Arbeitsverhältnisse ausüben. Für eine größere Zahl von Städten sind die Arbeitsbedingungen in den Betriebsbetrieben mit den entsprechenden Verhältnissen in den Betrieben verglichen, die dem Tarifvertrag nicht unterstehen. Hierbei ergibt sich, daß in der Regel in den Betriebsbetrieben die Lohnfestsetzung angenommen und auch in der Praxis ist der Stundenlohn die meist übliche Grundlage für die Lohnberechnung. Bei der Statistik im Jahre 1908 waren, allerdings in der gesamten Holzindustrie, erst bei 52 Proz. der Wochenlohnangaben auch Angaben über den Stundenlohn gemacht; diesmal liegen neben 94 227 Wochenlohnangaben 70 784 = 81 Proz. Stundenlohnangaben vor. Von diesen entfallen 62 887 = 81,9 Proz. auf die Tischler, 8301 = 10,8 Proz. auf Maschinenarbeiter, 3190 = 4,2 Proz. auf Polierer, 561 = 0,7 Proz. auf Drechsler und 1845 = 2,4 Proz. auf Hilfsarbeiter. Zu größere Stundenlohnklassen zusammengelegt verteilen sich die Lohnangaben wie folgt:

Beruf	Durchschnitts-Stundenlohn	Zahl der Arbeiter mit Lohnangaben							
		bis 30	31-35	36-40	41-45	46-50	51-55	56-60	über 60
	W.	W.	W.	W.	W.	W.	W.	W.	W.
Tischler	52,6	1562	2927	7003	8652	10762	8600	9984	18347
Maschinenarb.	49,6	631	752	1022	649	1110	950	1216	1665
Polierer	52,3	166	162	207	240	488	414	539	974
Drechsler	45,8	86	68	100	98	98	72	48	87
Hilfsarbeiter	35,4	578	602	883	210	140	48	18	4
Summe	51,6	2983	4411	8734	19155	25990	10090	11805	16027
gekennzeichnet									

Der durchschnittliche Stundenlohn ist mit 58,3 Pf. am höchsten bei den Polierern, die Tischler folgen mit 52,3 Pf. auf zweiter Stelle, während sie mit dem durchschnittlichen Wochenlohn vor den Polierern rangieren. Diese scheinbare Unstimmigkeit findet ihre Erklärung darin, daß bei den Tischlern die Arbeitsschicht stärker verbreitet ist als bei den Polierern, so daß ihre tatsächlichen erzielten Wochenverdienste höher sind als der vereinbarte Stundenlohn. Von den Tischlern hat die Hälfte, genauer 50,9 Proz. einen Stundenlohn von 51 Pf. und darüber, bei 21,3 Proz. steigt der Stundenlohn über 60 Pf. In dieser höchsten Lohnklasse sind 30,6 Proz. der Polierer, von denen sogar 60,4 Proz. mehr als 50 Pf. Stundenlohn haben. Zu den niedrigsten Lohnklassen bis 35 Pf. sind 10,1 Proz. der Polierer, aber nur 7,2 Proz. der Tischler. Bei den Maschinenarbeitern sind diese niedrigsten Lohnklassen stärker vertreten, sie umfassen 18,7 Proz. der Gesamtzahl, während 46,2 Proz. mehr als 50 Pf. Stundenlohn haben. Am ungünstigsten stehen, abgesehen von den Hilfsarbeitern, die Drechsler. Von ihnen haben 18,5 Proz. Löhne von 35 Pf. und darunter, und nur 28,0 Proz. kommen auf mehr als 50 Pf. Über 60 Pf. Stundenlohn steigen nur 6,6 Proz. der Drechsler.

Sehr groß sind die Unterschiede, wenn man die durchschnittlichen Stundenlöhne in den einzelnen Orten vergleicht. Nachstehend geben wir eine Zusammenstellung der Orte mit den höchsten und niedrigsten durchschnittlichen Stundenlöhnen getrennt nach den einzelnen Branchen. Der höchste und der niedrigste Durchschnitt beträgt bei den

Tischlern (über 60 und unter 30 Pf.): Friedrichshagen 77,9, Französisch-Buchholz 75,1, Cöpenick 74,0, Gr. Lichtenfelde 73,1, Lichtenhof 72,7, Berlin 72,5, Steglitz 71,9, Blankensee 71,8, Hamburg 70,7, Spandau 67,7, Prenzlauer Berg 67,5, Oberschöneweide 66,8, Erlauer 63,7, Harburg 63,5, München 61,8, Pasing 61,0, Kiel 60,7, Köln 60,5, Romane 69,5, Leipzig 60,4, Pinneberg 60,3, Adlershof 60,2, Pergedorf 60,1, Gaildorf 30,0, Amorbach 30,0, Seiffenerdorf 29,9, Gladbeck 29,7, Neuhausen 27,7, Pegnitz 20,2;

Maschinenarbeiter (über 60 und unter 30 Pf.): Steglitz 77,4, Cöpenick 74,4, Gr. Lichtenfelde 72,2, Hamburg 69,8, Berlin 69,5, Pasing 65,8, Spandau 64,6, München 64,2, Bochum 62,7, Essen 62,5, Köln 61,7, Frankfurt a. M. 61,6, Kiel 61,4, Dortmund 61,4, Düsseldorf 60,9, Herne 60,0, Driesen 29,9, Langenhorn 29,7, Ohlendorf 29,7, Niederrhein 29,6, Schmiedeberg 29,4, Burglau 29,2, Streit 28,9, Hamm 28,8, Schönlanke 28,7, Erdmannsdorf 28,7, Liegnitz 28,6, Stolp 28,6, Cederan 28,5, Vaudan 28,5, Natibor 27,5, Babelsberg 28,0, Bubenheim 28,1, Grieshaber 25,8;

Policierern (über 68 und unter 38 Pf.): Berlin 88,8, Hamburg 62,0, Kiel 61,2, München 59,9, Posen 59,6, Frankfurt a. M. 59,5, Leipzig 59,0, Düsseldorf 58,9, Bremen 58,4, Mainz 58,4, — Ulm 52,7, Thentar 52,8, Schönlanke 52,2, Herzberg 51,2, Schönlanke 50,2, Liegnitz 57,8, Driesen 27,6, Natibor 25,1;

Drechsler (über 64 und unter 40 Pf.): Berlin 68,6, München 60,8, Leipzig 58,7, Bremen 58,8, Elberfeld 55,0, Stuttgart 54,2, — Schönlanke 58,7, Schönlanke 58,8, Lubbenau 55,0, Driesen 54,0, Coswig 54,0, Stolp 52,4;

Hilfsarbeitern (über 45 und unter 28 Pf.): Essen 50,5, Elberfeld 50,0, Offenbach 48,8, Hamburg 47,4, Düsseldorf 45,5, Berlin 46,1, — Bayreuth 44,0, Erdmannsdorf 44,0, Langenhorn 44,0, Schönlanke 43,0, Neubarm 43,8, Liegnitz 43,4, Chemnitz 42,0.

Konstitutionelles oder patriarchalisches Fabriksystem?

II.

Auf die Dinge, die den Sohn des Herrn Freese gegen die Gewerkschaften und besonders gegen den Deutschen Holzarbeiter-Verband erregt haben, und die er in seinem Buch sehr ausführlich, aber durchaus nicht richtig schildert, wollen wir hier nicht näher eingehen. In mehreren Artikeln in den Jahrgängen 1910 und 1911 der „Holzarbeiter-Zeitung“ ist der Konflikt mit der Firma Freese eingehend besprochen worden. Hier wollen wir uns darauf beschränken, daß Werk Freeses, den Fabrikconstitutionalismus einer kurzen Würdigung zu unterziehen.

Freese vergleicht die Fabrik mit einem Staat in kleinen. Der Unternehmer ist der Monarch, die Arbeiter sind die Untertanen. Als ausgefeilter Monarch hat er seinen Absolutismus beschränkt, er hat seinen Untertanen eine Verfassung beschert und sie dadurch zu Industriebürgern erhoben. Er hat ihnen ein Parlament eingerichtet in Gestalt der gewählten Arbeitervertretung. Dessen Sitzungen sind öffentlich, alle Arbeiter dürfen bei den Verhandlungen zuladen. Der Fabrikant selbst nimmt an den Verhandlungen teil und er erhält, wie in einem richtig gehenden Parlament, außer der Reichenfolge das Wort. Mit dem Vergleich mit dem wirklichen Staat noch vollständiger zu machen, sind auch Parteien eingeführt, die nach 10- bis 20-jähriger Dienstzeit verliehen werden, aber leider nur an der Wirkstätte getragen werden dürfen. Die äußeren Einrichtungen des Staats sind also ganz bloß kopiert. Allerdings ist der Absolutismus des Fabrikmonarchen nur in sehr geringem Maße beschränkt. In allen auch nur einzigen wichtigen Angelegenheiten entscheidet der Unternehmer selbständig. Freese beruft sich hierbei auf den Professor Abbe, von dem ein Herr Carl Jentsch erzählt, daß er einmal gesagt habe, daß der dümmste Unternehmer noch immer der geschicktesten Genossenschaft überlegen ist. In einer Zeit, in der sich das Arbeitertum großartig entwickelt, sollte man mit solchen Aussprüchen doch vorsichtiger sein.

Wir können von Herrn Freese natürlich nicht verlangen, daß er die Leitung seines Betriebes völlig in die Hände seiner Angestellten und Arbeiter legt. Es ist ganz selbstverständlich, daß er im kapitalistischen St

von Freese ein aufgeklärter Despotismus herrscht. Herr Freese will seine Arbeiter glücklich machen, aber den Weg zum Glück will er ihnen selbst vorschreiben.

Solange die Gewerkschaften schwach waren und die Fabriktauschüsse selten, hatte die Freese'sche Konstitution eine vorbildliche Bedeutung. Inzwischen sind die Fabriktauschüsse immer mehr eingeführt worden und vielfach haben sie auch eine größere Bedeutung erlangt. Vor allen Dingen aber ist der Einfluss der Gewerkschaften gewachsen, die den Arbeiterausschüssen in den Fabriken ersten Rückhalt geben. Freese will die Gewerkschaft durch den Fabriktauschuß überwinden, das ist sein fundamentaler Fertum.

Von großer Nützlichkeit zeugt der Vergleich der Wohlfahrtssäulen, die durch Beiträge der Unternehmer unterstützt werden, mit den Kosten der Gewerkschaften. Daß ersteres höhere Unterstützungen zahlen können, ist begreiflich, aber daß Herr Freese bei dieser Gelegenheit auf das Heer von Agitatoren und Beamten hinweist, welche die Gewerkschaften zu unterhalten haben und denen für die Verwaltung jede Schulung fehlt, ist für die Denkungsart dieses aufgeklärten Fabrikanten bezeichnend. An einer anderen Stelle seines Buches gibt Freese zu, daß sein Arbeitgeber es einem Arbeiter, der mit dem Wechsel seiner Arbeitsstelle rechnen muß, verdenken kann, wenn er sich nicht ganz auf die Errichtungen eines Betriebs verlassen will, sondern sich mit anderen vereinigt, um gemeinsam mit ihnen seine Standesinteressen wahrzunehmen, aber, so fährt er fort, "die Gewerkschaften überschreiten ihre Befugnisse, wenn sie Versammlungen einberufen, die nur aus Mitgliedern eines Betriebes bestehen". Zur Wahrung der Parität verlangt er allerdings auch, daß ein Arbeitgeberverband kein Mitglied nicht durch Vertreter über die Arbeitszeit hindern darf, mit seinem Arbeiterausschuß einen Werbvertrag abzuschließen. "Der konstitutionelle Arbeitgeber kann auch nicht darauf eingehen, seinen Betrieb auf Anordnung seiner Verbandsleitung ganz zu schließen. Er hat aber allen Grund, seinen Standesgenossen beizustehen." Wie dieser Besitzstand gemeint ist, geht aus den folgenden Sätzen nicht ganz deutlich hervor, doch lassen die hier wieder gegebenen Gedanken erkennen, daß Freese die über den Rahmen der Fabrik hinausgehende Organisation insbesondere der Arbeiter, im Grunde für überflüssig ansieht.

Um auf seinen Vergleich mit dem Staat zurückzukommen, er betrachtet die Fabrik als einen isolierten Staat. Wäre die einzelne Fabrik eine für sich eigenständige, unabhängige Größe, dann könnte man allenfalls sagen, daß die Arbeiter im Fabriktauschuß eine ausreichende Vertretung haben. Es gibt aber viele gleichartige und verwandte Fabriken und die Arbeiter haben ein ganz wesentliches Interesse daran, daß die Arbeitsbedingungen in allen diesen Betrieben möglichst günstig gestaltet werden. Das können sie nur mittels der Gewerkschaften erreichen. Aber die Fabriktauschüsse sind deshalb nicht überflüssig; sie haben innerhalb des Betriebes die Interessen der Arbeiter gegenüber dem Unternehmer wahrzunehmen und der verantwortliche Unternehmer wird erkennen, daß ein gut funktionierender Fabriktauschuß seinen Vertrag mit den Arbeitern und seine Stellung zu ihnen erleichtert. Es gibt aber nicht lautstark vernünftige Unternehmer, gar viele erbliden in den bezeichneten Willen ihres Arbeiterausschusses schon eine Bedrohung ihres Absolutismus. Solchen Ausfällen gibt es die hinter ihnen stehende Gewerkschaft die nötige Autorität.

Diese Andeutungen genügen wohl, um erkennen zu lassen, daß der Fabriktauschuß die Tätigkeit der Gewerkschaft ergarben, sie aber nie ersetzten kann. Auch für den Abschluß von Tarifverträgen ist nicht der Fabriktauschuß, sondern die viel weiter blühende Gewerkschaft der bestimmte Faktor. Man braucht sich nicht gründlich gegen den Abschluß von Sonderverträgen in einzelnen Betrieben zu wehren, aber diese Sonderverträge können im Interesse der Arbeiterschaft nur insofern geduldet werden, als sie davon ausgehen, daß der allgemeine, von der Gewerkschaft abgeschlossene Vertrag das Minimum in dessen enthalt, was der Unternehmer zu gewähren hat. Diesen Grundsatz hat der Deutsche Holzarbeiter-Verband auch gegenüber dem Werbvertrag vertreten, den Herr Freese mit den Arbeitern seines Betriebes abgeschlossen hat. Das genügt aber dem konstitutionellen Fabrikanten nicht. Er hat ein Opfer erstanden, daß die Arbeiter unter Sicherung von ihren Standesgenossen in anderen Betrieben glücklich machen soll. Wer seinen Kollegen die Solidarität mehrt und seiner Gewerkschaft angehört, ist ein ungemeiniges Objekt für die Freese'schen Arbeitersicherungspläne und fliegt hinan.

Dieses Freese'sche System erinnert ganz bedenklich an die patristisch-ecclesiastische Einrichtungen im Königreich Syrien. Jener Typus des Schatzmeisters ritt auch das Prinzip, seine Arbeit zu glücklich zu machen, aber sie sollen das Glück mit dem Weg erreichen, den der Schatzmeister ihnen vorschreibt. Wenn man die Einrichtung mit dem System von Freese mit den Regimen vergleicht, die im Königreich Syrien herrschten, dann findet man insofern doch große Unterschiede, aber das Prinzip ist das gleiche. Ein spanisches Sprichwort sagt: "Nicht am Pfeil, sondern der Pfeil am Pfeil." Dieses Prinzip liegt ja auch auf dem konstitutionellen Fabrikatgeber des Herrn Freese anwendbar. Gibt man ihm auf den Gesund, dann findet man an ihm die Besenstücke des patristischen Systems. Wird dieses System reichlich betrieben, dann finden sich auch genügend schwache Charaktere unter den Arbeitern, die sich das Zudeckeln machen

lassen, aber der Gewanke, durch eine am Gängelband des Unternehmers sich bewegende Organisation der Arbeiter des Einzelbetriebs die Gewerkschaften zu überwinden, ist so absurd, daß er früher oder später kläglich erledigt muß.

Soziales.

Geburtenrückgang.

Der Rückgang der Geburten ist eine Erscheinung, die in neuerer Zeit in stärkerem Maße die Aufmerksamkeit auf sich gesellt hat. In Frankreich ist die Beschränkung der Kinderzahl bereits zu einer Katastrophe geworden, und nun sagt uns die Statistik, daß Deutschland auf dem gleichen Wege ist. In Preußen kamen auf 1000 Einwohner geborene: im Jahre 1901: 88,52; 1902: 88,88; 1903: 87,78; 1904: 85,04; 1905: 83,77; 1906: 84,00; 1907: 82,28; 1908: 82,09; 1909: 82,00; 1910: 80,88; 1911: 79,86. Also die Geburtenhäufigkeit geht, von geringen Schwankungen abgesehen, von Jahr zu Jahr zurück. Die gleichen Beobachtungen wie in Preußen sind auch in anderen Bundesstaaten gemacht worden. Die Wirkung des Geburtenrückgangs kommt allerdings noch nicht voll zur Geltung, weil sich auch die Sterblichkeitsziffern verringert und insbesondere in den letzten Jahren die Vermehrungen zur Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit von Erfolg begleitet waren. Wie die Geburtenziffer, so weist auch die Sterblichkeitsziffer Schwankungen auf, eine, vermutlich nur vorübergehende, Erhöhung der Sterblichkeit im Jahre 1911 bewirkte aber, daß die Volksvermehrung in Preußen in diesem Jahre nur 492 388 betrug, gegen 581 465 im Jahre

1910.

Der starke Geburtenrückgang hat auch die Aufmerksamkeit der preußischen Regierung erregt. Sie hat, wie im vorigen Jahre der Öffentlichkeit mitgeteilt wurde, Erhebungen über die Ursachen der Erschöpfung angeordnet, und wenn die Berichte der Regierungspräsidenten eingegangen sind, wird das Ministerium über die einzuleitenden Maßnahmen zur Verbesserung eines weiteren Rückgangs der Geburtenziffer beschließen. Bis her ist noch nicht bekannt geworden, daß in dieser Hinsicht etwas geschehen sei, und es ist auch nicht anzunehmen, daß in absehbarer Zeit etwas geschieht. Hier handelt es sich ja um die Lösung von Kulturaufgaben, und dabei hat sich die preußische Regierung noch nie durch besonderen Eifer ausgezeichnet. Höchstens der Umstand, daß die Verminderung der Geburtenziffer schließlich auch eine Gefahr für den Militärischen Zustand bedeutet, mindestens, als sie eine Verminderung der Rekrutengabe herbeizuführen geeignet ist, könnte die Regierung zu besonderen Anstrengungen anregen.

Um eine Steigerung der Geburtenziffer herbeizuführen, müßte auf eine Vermehrung der Eheleidenschaft und eine größere Fruchtbarkeit der Ehen hingewirkt werden. Insoweit besteht wohl bei allen, die sich mit dem Problem beschäftigen, Einmütigkeit. Die Wege führen aber weit auseinander, wenn es sich um die Förderung der Mittel handelt, die zu dem gewünschten Ziele führen sollen. Mit dem Appell an die Staatsnotwendigkeit, die es dem Bürger zur Pflicht macht, für Nachwuchs zu sorgen, ist dabei ebenso wenig etwas zu erreichen, als mit dem Hinweis auf das göttliche Gebot. Mit beiden Argumenten wird aber ernsthaft gearbeitet oder, richtig gesagt, aufgerufen.

Anders als Hinruf kann man es nicht bezeichnen, wenn ein Priester den Menschen dazu mißbraucht, Frauen zu beeinflussen, daß sie für die Vermehrung ihrer Kinderzahl sorgen sollen. Die "Freiburger Volksmacht" war förmlich in der Lage, über solche Vorkommen zu berichten unter genauer Bezeichnung der Orte, an denen sie sich zugetroffen haben. Es handelt sich um zwei Dörfer im badischen Oberland. In beiden Fällen erklundigte sich der Priester hörende Pfarrer sehr eingehend nach den Ursachen des nach seiner Meinung zu geringen Kinderzahlen eines Weißkittels, und die beiden Priester verlangten von den betreffenden Frauen, dafür zu sorgen, daß sie im nächsten Jahre bzw. jährlich einem Kind das Leben geben. Als die Frauen aus körperlichen Gründen sich weigerten, eine solche Verpflichtung einzugehen, wurde ihnen die Abolution verweigert! Das genannte Blatt zieht aus diesen Fällen den naheliegenden Schluß, daß ein genereller Priester an die Geistlichen vorliegen muß, in der Weise bezüglich des Geburtenrückgangs einzutreten. Im Großherzogtum Baden ist allerdings der Geburtenrückgang besonders stark. Auf 1000 Einwohner kamen dort in den siebziger Jahren noch 44, in den achtzig Jahren 36, in den neunziger Jahren 34 und im ersten Jahrzehnt dieses Jahrhunderts nur noch 23 und 22 Geburten. Im Jahre 1911 sank die Geburtenziffer weiter auf 20,6 und im gleichen Jahre sank auch die absolute Geburtenziffer zum erstenmal, und zwar um mehr als 3000. Das auch die Geistlichkeit dieser Katastrophe entgegenwirken will, ist anzuerkennen, aber daß sie sich zu diesem Zweck des Reichstuhles bedient, zeigt gelinde gesagt, von einer recht kindlichen Kuffassung des Problems.

Zu nicht viel höherer Partie steht der preußische Ministerialdirektor, Professor Dr. Kirchner, der auf einer Landeskonferenz für Sozialpolitik als Regierungswissenschaft zum besten gehabt die Verbesserung der Kinderzahlen ein, teils aus Mangel an Mut, teils auch irregeleitet durch Volksverküpter. Nach dieser Kostprobe kann man sich ungefähr vorstellen, in welcher Richtung sich die zu erwartenden Maßnahmen der preußischen Regierung zur Verhinderung eines weiteren Rückganges der Geburtenziffer bewegen werden.

Die künstliche Beschränkung des Kinderzugs wird in den Kreisen der Weihenden seit langem geführt. Man will sich damit vor den mancherlei Unannehmlichkeiten schützen, die mit der Erziehung der Kinder notwendig verbunden sind, als wichtigstes Moment kommt aber wohl die Erhaltung des Besitzes in Betracht, der verstreut wird, wenn sich gar zu viele Erben in den Nachlass teilen müssen. Für die arbeitende Bevölkerung ist das Zusammenhalten des Nachlasses die geringste Sorge, gewißlich ist da nicht viel zu erbauen. Um so schwerer drückt aber die Sorge um die Erziehung einer unfruchtbaren Familie auf den Arbeiter. Die Kreise der Lebensbedürfnisse werden immer höher und die Erwerbsverhältnisse nimmt unsicherer. Das junge Paar sieht wohl dem ersten Sprößling mit Freuden entgegen und findet sich auch mit dem zweiten noch ab. Über schnell helpt es sich einschränken. Die Frau, die vielleicht zum Erwerb beitragen hat, muß diese Tätigkeit wesentlich beschränken oder ganz einstellen, will sie ihren Wehrerpflichten nachkommen. Wird die Kinderzahl größer, dann steigen die Sorgen. Jedes Kind ist ein neuer Sässer; es will aber nicht essen, es will auch gekleidet und erzogen sein. Selbst wenn nicht mit Krankheit und Arbeitslosigkeit gerechnet werden muß, werden die Wissen immer schmäler. Kommen aber erst diese Geißeln über den geplagten Arbeiter — und wer bleibt von ihnen verschont? — dann ist die Not erst recht groß, dann empfindet man den reichen Kinderzogen erst recht als Glück.

Mancher strebame Arbeiter empfindet es schmerzlich, daß ihm in der Jugend nicht mehr Gelegenheit zum Lernen geboten war. Er tritt mit dem festen Vorjah in die Scheune seines Kindes eine bessere Erziehung zu geben. Jede Vermehrung des Kinderzugs läßt aber die Hoffnung auf die Verstärkung der welt ausschauenden Pläne tiefer sinken, und schließlich ist er froh, wenn seine Kinder nicht geradezu körperlich und städtisch verwaistlosen. Von einer besseren Schulbildung ist keine Rede mehr, schriftlich wird der Augenblick erwartet, daß die Kinder die Volksschule verlassen und mitverdienen helfen.

Man sagt und das mit Recht, jedes Kind sei ein Gewinn für die Volkswirtschaft. Wenn man aber daran die Konsequenz zieht, daß gerade die Arbeiterschaft die Pflicht habe, auf diesem Wege zur Vereicherung der Volkswirtschaft beizutragen, dann können wir dem nicht auskommen. Für den Kapitalisten mag es wohl angenehm sein, über eine große Zahl von "Händen" zu verfügen, die sich, um das Leben zu fristen, für billigen Lohn anbieten. Der Arbeiter hat aber kein Interesse daran, unter Mühen, Sorgen und Entbehrungen eine schwere Kindergründung, um sie später den Kindern als Sklaven zur Verfügung zu stellen. Die steigende Verbreitung, welche die künstliche Beschränkung der Kinderzahl in der Arbeiterschaft findet, ist ein Beweis für die zunehmende Intelligenz. Der Blick des Arbeiters hat sich geweitet, er sieht über den Augenblick hinaus, und er hält sich vor zu reichlichem Kinderzogen.

Damit ist der wichtigste, wenn auch nicht der einzige Weg angedeutet, auf welchem dem Geburtenrückgang entgegengewirkt werden kann. Man sorge dafür, daß die Arbeiter ein wirklich menschlich wunderbares Leben führen können. Das jedem, der arbeitsfähig ist, auch Arbeitsgelegenheit gegeben und ein auskömmliches Dasein gewährte ist. Mit einem Wort, daß der Kinderzogen wirklich dem ganzen Volke zum Segen werde, daß nicht die Eltern unter Not und Entbehrungen Kinder heranziehen, die eigentlich nur zur besseren Ausstattung des Sklavenmarktes der Kapitalisten dienen. Das ist aber unter der Herrschaft der kapitalistischen Wirtschaftsordnung nicht möglich, und deshalb werden alle Mittel, die etwa angewendet werden sollen, den Geburtenrückgang aufzuhalten, nicht zum Ziele führen.

Eine internationale Baufach-Ausstellung wird vom Mai bis Oktober dieses Jahres in Leipzig dem Publikum ihre Worte gesetzt halten. Die Ausstellung soll eine großartige Darstellung des gesamten Bau- und Wohnungswesens geben. Als Platz ist ein großes Gelände auf Bahnhof Stötteritz in der Nähe des neu errichteten Volksgerichtshofs belegt worden. Außerdem wird die etwas abseits von dem eigentlichen Ausstellungsort liegende Gartenstadt Marienbrunn den Ausstellungszwecken dienlich gemacht, indem dort Kleinhäuser nebst Einrichtungen gezeigt werden sollen.

Auf der Bauausstellung werden die verschiedensten Produktionsgruppen des Baugewerbes vertreten sein, so auch die Zementfabriken, der Stahlwerksverband u. a. mit eigenen Gebäuden, daneben staatliche und städtische Bauunter. Die Frage des Arbeiterszubaus auf den Bauten wird außer durch die Gewerkschaften und die Reichsbehörden diesmal auch durch die Arbeiterschaft selbst in den Vordergrund des Interesses gerückt. Während man auf der Hygiene-Ausstellung in Dresden seinerzeit der Arbeiterschaft eine Beteiligung schließlich unmöglich gemacht hat, wird hier die Generalförmmission der Gewerkschaften mit einem eigenen Ausstellungsbauitreten. In derselben werden Gerüste für Männer, Dachdecker, Steinmetze, Maler, sowie Aufzüge für Baumaterialien, Steine, Holz usw. in natürlicher Größe angebracht. Außerdem werden noch Korrigierungen gezeigt, die geeignet sind, die Arbeit bei der inneren Bauausführung gegen Krankheits- und Unfallgefahr zu schützen. In bezug auf die hygienischen Einrichtungen kommen Duschbuden, Wasch- und Wärmeverrichtungen, Bedürfnisanlagen, Ventilationen sowie sanitäre Einrichtungen zur Verhütung von Extrakanalungen und Unfällen in Frage.

Die besonderen Interessen der in unserem Verbande zusammengefügten Berufsgruppen kommen in zwei Stämmen zum Ausdruck, die der Verband selbst ausstellt. Der eine derselben wird in erster Linie dem Arbeiterschutz an Maschinen dienen, wozu Holzbearbeitungsmaschinen mit und ohne Schutzausrüstungen und Entstaubungsanlagen im Betrieb gezeigt werden sollen. Der zweite Raum wird neben Modellen von zweimäigigen Hilfsmitteln für den Holzarbeiter im Bau, wie zum Beispiel Schuhleitern für Einzeyer, Faltscheitanschläger und vergleichende nach photographische Abbildungen verschiedener Art sowie graphische Darstellungen über die Wirksamkeit unseres Verbandes enthalten.

In dieser Ausstellung werden also die Gewerkschaften einem größeren Publikum einen praktischen Beweis von ihrer Tätigkeit auf dem Gebiete des Arbeiterschutzes und der Unfallverhütung vor Augen führen.

Gestreidepreise diesseits und jenseits der Zollmauern. Der Preis einer Tonne Weizen betrug im Januar 1912 in Berlin 212 M., (1911 nur 201 M.), in London 168 M. und in New York 157 M., es stieg dann bis zum Januar 1912 auf 232 M. in Berlin, 182 M. in London und 184 M. in New York und sank dann nach etlichen Schwankungen bis zum Dezember 1912 auf 217 M. in Berlin, 160 M. in London und 166 M. in New York. Die Preisdifferenz betrug also zwischen den am leichtesten vergleichbaren Orten Berlin und London fast rund 50 M., das ist die runde Summe des Zolles um den infolgedessen der deutsche Arbeiter sein Brot teurer zahlen muß als der englische. Diese künstliche Verteuerung der Lebenshaltung hemmt aber die Entwicklung der deutschen Industrie in weit höherem Maße als es die vielfältigen sozialen Lasten insgesamt vermöchten. Der Arbeiter, dem durch die indirekten Steuern ein erheblicher Teil seines Einkommens entzogen wird, muß diese Ausgaben durch Einschränkung auf der andern Seite wieder wett machen.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachungen des Vorstandes.

Nachfolgenden Zahlstellen wird hierdurch antragsgemäß die Genehmigung zur Erhebung eines wöchentlichen Volksbeitrages ertheilt, wonach der Gesamtbetrag in diesen Zahlstellen ab 1. April beträgt in Künzenhain 71 Pf. und Soltau ab 16. April 70 Pf.

Mit dem Er scheinen dieser Zeitungsnummer ist der 16. Wochenbeitrag für das Jahr 1913 fällig geworden.

Nachstehend verzeichnete Mitgliedsbücher sind als verloren gemeldet und werden hiermit für ungültig erklärt:

1910 Karl Otto Tischl, geb. 15. 8. 74 zu Wittenberg.
17919 Gustav Grzabka, Tschl, geb. 16. 7. 76 zu Koblenz.
97723 Josef Tischl, Tschl, geb. 26. 6. 83 zu Nürnberg i. B.
17009 Edmund Eigner, Tschl, geb. 21. 1. 83 zu Berlin.
18728 Emil Hering, Tschl, geb. 21. 7. 50 zu Waldsachsen.
196535 Alois Cenazar, Tschl, geb. 18. 6. 74 zu Sieberje.
190045 Emil Schmidt, Körbitz, geb. 1. 4. 85 zu Kampis.
503187 Karl Limberg, Pol., geb. 26. 6. 87 zu Berlin.
137632 Max Barthel, Kammarb., geb. 17. 11. 93 zu Loschwitz.
18544 Johann Gabler, F. M., geb. 9. 9. 92 zu Chemnitz.

Im Monat März gingen von nachbeauftragten Zahlstellen folgende Beiträge ein:

Gau Danzig: Briesen 5 M., Elbing 300, Gumbinnen 60, Jastrow 20, Küstrinburg 250, Johannisburg 80, Königsberg 300, Koslin 300, Memel 400, Rastenburg 60, Stolp 120, Tilsit 358 M.

Gau Stettin: Brunsbüttel 140 M., Friedland 60, Grabow 100, Greifswaden 50, Güstrow 200, Lübeck 100, Parchim 100, Rostock 1100, Schwerin 500, Stettin 1150, Stralsund 200, Swinemünde 100, Torgelow 60, Wismar 60, Wismar 400 M.

Gau Breslau: Brieg 150 M., Erdmannsdorf 100, Freiburg 300, Glogau 98, Görlitz 2500, Gubrau 50, Haynau 188,85, Herrischdorf 200, Kreuzburg 19, Langenöls 400, Liegnitz 950, Neisse 100, Neusalz 100, Oppeln 45, Schweidnitz 400, Strehlen 20, Riegenhals 181 M.

Gau Berlin: Berlin 18000 M., Berlinchen 200, Bernau 48, Brandenburg 2000, Cossen 40, Dahme 50, Drossen 80, Fürstenwalde 500, Französisch Buchholz 60, Friedenberg 30, Fürstenwalde 100, Gosen 100, Guben 175, Herzberg 200, Königswusterhausen 140, Lüdensberg 770, Neuenhagen 40, Ralbitz 106,25, Potsdam 500, Prenzlau 98, Prieskau 150, Rognen 96,05, Sagan 112,92, Schwiebus 70, Sommerfeld 28, Sorau 100, Spandau 500, Strausberg 260, Treuenbrietzen 197, Wittenberge 500, Zossen 90 M.

Gau Dresden: Altenberg 50 M., Bautzen 1400, Brand 150, Colmnitz 90, Döbeln 300, Dresden 12000, Elsterwerda 30, Freiberg 150, Geringswalde 1100, Großenhain 150, Großröhrsdorf 400, Großröhrsdorf 100, Hartha 500, Kamenz 50, Kötzschenbroda 150, Leisnig 300, Löbau 300, Meissen 700, Mittweida 450, Mulda 100, Nauendorf 250, Neuhausen 480, Niederdöbbrick 1500, Osbernhau 900, Oelsnitz 150, Pirna 600, Rabenau 1000, Radeberg 800, Riesa 350, Schmiedeberg 75, Waldheim 500 M.

Gau Leipzig: Adorf 200 M., Altenburg 900, Aue 170, Borna 21, Chemnitz 2000, Crimmitschau 100, Eilenburg 583, Eisenberg 950, Gera 800, Glashau 50, Görlitz 150, Greiz 195,80, Hainichen 190, Jöhstadt 400, Kleinolbersdorf 160, Klingenthal 303,50, Leppersdorf 80, Markranstädt 100, Meerane 100, Neustadt 67, Perings 50, Plauen 500, Radeburg 350, Reichenbach 100, Schleiz 100, Schmölln 2600, Schönheide 450, Zschopau 75, Treuen 100, Weida 55,50, Werda 800, Wurzen 170, Zeitz 1800, Zwickau 400 M.

Gau Erfurt: Arnstadt 300 M., Blankenburg 100, Bürgel 300, Coburg 25, Coburg 1000, Erfurt 60, Eschwege 100, Frankenhain 990, Goldlauter 25, Gotha 950, Gräfenroda 60, Hermsdorf 100, Jena 275, Kehlra 176, Langensalza 125, Langewiesen 100, Laufberg 150, Mellenbach 250, Merseburg 100, Neustadt 160, Nordhausen 300, Probstzella 100, Rudolstadt 87,25, Saalfeld 100, St. Andreasberg 70, Steinach 130, Stützhaus 120, Thürnau 120, Weimar 300 M.

Gau Magdeburg: Alten 18,03 M., Aschersleben 96,50, Bernburg 400, Bitterfeld 70, Blankenburg 100, Braunschweig 1500,

Burg 700, Dessau 500, Gardelegen 200, Glüster 40, Halberstadt 150, Halle 2000, Helmstedt 200, Quedlinburg 188, Rosslau 100, Sangerhausen 200, Schönebeck 250, Staßfurt 80, Stendal 800, Wernigerode 200, Wernigerode 200 M.

Gau Hamburg: Blankensee 150 M., Boizenburg 70, Braake 100, Bremen 6000, Buxtehude 50, Dammerberg 60, Elternförde 80, Elmshorn 100, Emden 188,20, Esterwegen 90, Flensburg 800, Geesthacht 170, Grambke 20, Hamburg 12000, Harburg 180, Heide 180, Kiel 2000, Lübeck 1100, Lüneburg 400, Marne 70, Neuenburg 90, Nordenham 50, Oldenburg 550, Oldesloe 80, Pinneberg 80, Preuß 65, Segeberg 45, Stade 80, Süderbrarup 40, Uetersen 70, Varel 200, Vegesack 800, Wilhelmshaven 800, Winsen 200 M.

Gau Hannover: Alfeld 200 M., Bielefeld 3600, Blinde 800, Burgdorf 80, Cassel 3000, Detmold 400, Einbeck 148, Hameln 200, Hannover 1700, Hess-Dörendorf 130, Hildesheim 225, Holzminden 100, Lage 150, Lemgo 400, Melle 220, Minden 90, Münster 285, Osnabrück 500, Peine 200, Quakenbrück 200, Seesen 95, Springe 95, Uelzen 100, Winsen 100 M.

Gau Frankfurt: Aachen 200 M., Altena 80, Bonn 400, Castrop 50, Dortmund 600, Düsseldorf 1600, Duisburg 800, Elberfeld 2000, Essen 500, Gelsenkirchen 100, Gevelsberg 75, Gummersbach 60, Hagen 400, Hattingen 100, Hemer 80, Herford 80, Köln 943,80, Krefeld 650, Lennep 185,70, Lüdenscheid 60, Mülheim 100, Neuss 205, Schwelm 800, Solingen 800, Wals 200, Wetter 100, Witten 85 M.

Gau Frankfurt: Alzen 100 M., Amorbach 100, Aschaffenburg 100, Darmstadt 1500, Fechenheim 300, Frankfurt 8000, Hanau 800, Heidelberg 280, Hesse 80, Höchstädt 800, Kaiserslautern 450, Kellheim 810, Lambrecht 120, Mainz 2500, Mannheim 8000, Montabaur 60, Neusserburg 100, Neuwied 150, Obernkirchen 250, Rumpenheim 500, Sprudlingen 100, Vilbel 95, Weinheim 800, Wetzlar 120, Wiesbaden 1000, Wörth 150, Worms 450, Ziegenbrücken 50 M.

Gau Nürnberg: Ansbach 75 M., Bayreuth 200, Dinkelsbühl 250, Erlangen 400, Georgensgmünd 248,50, Herzogenaurach 25, Kissingen 215, Kauf 100, Markt-Meidach 70, Neustadt 150, Pegnitz 35, Schwabach 100, Schweinfurt 80, Würzburg 400 M.

Gau München: Augsburg 500 M., Dachau 200, Deggendorf 80, Freising 100, Füssen 15, Ingolstadt 150, Lindau 85, Wiesbaden 50, Bergberg 100, Rottenbuch 150, Schwaben 125, Starnberg 80, Traunstein 45 M.

Gau Stuttgart: Altensteig 180 M., Bad Cannstatt 50, Baden-Dorf 120, Biberach 60, Bruchsal 100, Colmar 150, Durlach 400, Ebingen 60, Esslingen 600, Freiburg 700, Furtwangen 98, Gengenbach 45,80, Göppingen 500, Hall 100, Heilbronn 800, Holzgerlingen 80, Karlsruhe 1550, Kirchheim 500, Konstanz 120, Leutkirch 50, Marbach 150, Martinstetten 12, Mühlhausen 850, Nagold 80, Neuenburg 200, Pforzheim 600, Radolfzell 80, Reichenbach 22, Reutlingen 200, Schorndorf 90, Schramberg 200, Schwäbisch Gmünd 150, Spaichingen 100, Straßburg 1200, Stuttgart 2000, Sulzbach 27, Tübingen 50, Ulm 1200, Urach 120, Giffenhausen 300 M.

Die Revisoren und Verwaltungen werden ersucht, vorliegende Quittung genau zu prüfen und etwaige Anomalien sofort an uns zu berichten.

Nicht mit aufgeführt sind die Beträge, welche für die Verlagsanstalt bestimmt waren.

Berlin C. 2, Neue Friedrichstraße 2.

Der Verbandsvorstand.

Eine Schuhverbandsleute.

Aus Nürnberg wird uns geschrieben:

Der heisige Führer des Schuhverbandes, Herr Jean Knöllinger, hat einen ungeheuren Respekt vor seinen Fähigkeiten und Leistungen und er ist es nicht gewohnt, sein Licht unter den Scheffel zu stellen. Er sorgt dafür, daß sein Name in den Mund der Leute kommt, und die "Fachzeitung" nimmt gern die Bulletins auf, in denen Knöllinger der Größe seiner Kühn verkündet. Wahrheit und Dichtung sind in seinen Kundgebungen sehr gemischt, und zwar in einem solchen Verhältnis, daß auf ein Körnchen Wahrheit eine große Portion nachweisbare Illusionen kommen. Das gilt insbesondere auch von der Knöllingerschen Schreibübung in der Österreichischen "Fachzeitung", in welcher er unserer Zahlstelle eine Menge von Tarifbrüchen nachgibt. Wir wollen auf die erlöschenden Einzelfälle nicht eingehen und nur soviel sagen: Burden wir die Protokolle der Schlichtungsversammlungen, die sich mit den angeblichen Tarifbrüchen beschäftigt haben, veröffentlichten, dann würde jeder Mann die Rücksichtslosigkeit bewundern, mit welcher der Schuhverbandsfürst Knöllinger die Wahrheit malträtirt.

Auf mit dem Ball fällt, der Herr Knöllinger den Anlaß zu seiner leichten schriftstellerischen Leistung gegeben hat, wollen wir uns ein wenig beschäftigen. Er vermeidet es sorgfältig, die Entwicklung der Differenzen bei sich auch nur annähernd richtig wiederzugeben. Zumal sagt er, daß das gesamte Kontorpersonal der Firma nicht seinen Rechtsbefähigungen könne, wir glauben aber kaum, daß diese Leute sich dazu herbeileiten werden, zu bezeugen, was sie nur teilweise mitangehört haben.

Nach Knöllingers Darstellung hätte die Firma nicht wegen Mangels an Aufträgen nach und nach etwa 70 Mann entlassen und die Arbeitszeit verkürzt, um noch weitere Entlassungen hinauszuhalten. Letzteres sei lediglich geschehen, um den Wünschen des Holzarbeiterverbandes nachzukommen. Wörtlich heißt es dann weiter: „Ja, die Firma ist sogar so weit gegangen, daß sie, der Forderung des Holzarbeiterverbandes nachkommen, den Betrieb vom 22. Dezember bis zum 4. Januar, also 14 Tage, überhaupt stillgelegt ließ.“ Wie verhielt sich die Sache nun in Wirklichkeit?

Mit Ausnahme von circa 6 Wochen beschäftigte die Firma nicht etwa 200 Arbeiter von Januar bis August 1912. 16 Stunden unter der normalein wöchentlich in der Arbeitszeit. Von August bis November 1912 wurde voll gearbeitet und etwa 50 bis 60 neue Arbeiter wurden eingestellt. Ende November, also vier Wochen vor Weihnachten, wurde die Arbeitszeit wieder um 15 Stunden pro Woche gekürzt und 40 Kollegen aufgeplattiert geworfen. Diese Maßnahmen traf die Firma ohne jede Verständigung mit der Fabrikkommission, obwohl

sie sich im Besitze des Herrn Knöllinger ausdrücklich dazu verpflichtet hatte. Am letzten Bahntag vor Weihnachten wurden weitere 50 Kollegen entlassen, wiederum ohne vorherige Rücksprache mit der Kommission. Als die Werkstattkommission dringend den Wunsch äußerte, mit diesem Unsug doch endlich einmal aufzuhören, ließ die Firma, wiederum ohne Einverständnis mit der Fabrikkommission, 14 Tage lang vollständig aussetzen. Dadurch ließen sich unsere Kollegen aber nicht aus der Ruhe bringen. Sie erschienen am 8. Januar wieder zur Arbeit. Unstatt sich nun mehr mit der Fabrikkommission über die Arbeitszeit zu verständigen, ließ die Firma am Brett anschlagen: „Die Arbeitszeit beginnt um 8 Uhr und endet um 4 Uhr.“ Die willkürliche Festlegung der täglichen Arbeitszeit durch die Firma sollte also wieder Platz greifen. Diese Rücksichtslosigkeit der Firma gab unseren Kollegen Unlaß, die Fabrikkommission zu beauftragen, an die Firma den Antrag zu stellen, daß fernerhin mindestens 47½ Stunden gearbeitet werden sollte, damit einigermaßen Ordnung an Stelle der bisherigen Willkür trete.

Am 4. März wurde die Kommission bei der Firma vorstellig. Da die Firma nun die Kommission nicht anerkannte wollte und sie heftig anfuhr, gaben die Arbeiter des Betriebes ihren Widerstand, indem sie sich untagig an ihren Arbeitsplatz stellten und so der Firma nicht zeigten, daß es ihnen um ihr Verlangen Ernst sei. Nun gebrauchte Herr Ficht die schmutzigsten Bemerkungen, eine Bekleidung fiel nach der anderen; eine Verständigung war unter diesen Umständen nicht zu erzielen. Herr Ficht drohte, die Arbeit ganz einzustellen zu lassen. Die Kommission erklärte, daß sie darauf bestehen müsse, daß Herr Ficht in aller Ruhe mit ihnen verhandele. Solange er das nicht tue, würden sie eine passive Haltung einnehmen. Aber Herr Ficht ließ es zur sachlichen Begründung der Arbeitserwünsche nicht kommen und die Kollegen warteten auf eine sachliche Würdigung ihrer Wünsche.

Da erschien plötzlich Herr Knöllinger er. Er machte aber nicht den geringsten Versuch, eine sachliche Rücksprache herzustellen, sondern stellte sich auf den Standpunkt: „Wer innerhalb einer halben Stunde nicht arbeitet oder den Betrieb verläßt, wird von der Polizei hinausgewiesen, gegen jeden einzelnen wird Strafantrag gestellt.“ Die Kommission erklärte Herrn Knöllinger darauf wiederholte, daß sie den Betrieb nicht verlassen durften, weil keine Zustimmung des Verbandes vorliege. Sie verlangten weiter nichts als die formell festgelegte sachliche Befreiung ihrer Wünsche. Die Unzufriedenheit im Betrieb sei die begründete Gegenwehr gegen das unerhörte Verhalten der Firma. In dieser Situation, die durch das radikale Doctrinierenfahren des Herrn Knöllinger wesentlich verschärft war, rief Herr Knöllinger die Verbandsleitung telefonisch an und sagte: „Ich bin hier im Kontor der Firma Ficht. Die Leute stehen untagig an der Hobelbank, was sagen Sie dazu?“ Darauf kam die Antwort: „Das ist uns neu, aber wunderzunehmen ist das bei der Firma Ficht nicht, sie probiert schon längere Zeit.“

Die Firma erklärte, wenn die Leute die Arbeit nicht förmlich beginnen, werde ich die Polizei holen lassen, die Konsequenzen fragen Sie!“ Darauf erhielt er die flare Antwort, daß wir es dankbar ablehnen, die Konsequenzen aus seiner Handlung zu tragen, zumal wenn er die Polizei holen lasse. Es sei doch wohl vernünftiger, die Streitigkeiten zu vermitteln und die Sache ohne jede wundige Aufregung zu behandeln. Herr Knöllinger meinte, aber die Arbeit müsse sofort aufgenommen werden, ehe er zu vermitteln versuche, auch könne die Schlichtungssitzung die Differenzen regeln. Den letzten Vorschlag habe er schon der Kommission gemacht, er sei jedoch abgelehnt worden. Die Werkstattkommission hätte sogar abgelehnt, daß ein Verbandsvertreter hinzugezogen werde, mit diesen „Schuhenschlefern“ wolle sie nichts zu tun haben u.w.

Da uns die ganzen Mitteilungen des Herrn Knöllinger recht sonderbar vorkamen und er durchblätterte ließ, daß die Zeitung des Verbandes scheinbar das Vorgehen der Arbeiter detailliert erläuterten wir doch, wie die Arbeiter nun mehr auch hören müßten, um die Sache klar zu übersehen. Wenn er die Arbeiter hinausziehen läßt, so sei das zunächst seine Sache, für uns sei möglichst, daß seine Arbeiter ohne unsere Zustimmung den Betrieb verlassen dürfen, wer gegen unsere Statuten handelt, verlieren jeden Anspruch auf Unterstützung, und schon aus diesem Grunde seien wir sicher, daß unsere Mitglieder bei Ficht den Betrieb nicht eigenmächtig verlassen würden. Als wir noch hinzufügten, daß wir unseren Kollegen dringend geraten hätten, sich nicht provozieren zu lassen und wir deshalb keine solche Dummheiten erwarten, wie er sie gewöhnlich mache, da lief dem Herrn eine Laus über die Leber und er sprach ins Telefon: „Ihre Leute preisen auf den Verband, die kennen überhaupt keine Disziplin mehr, die Gesellschaft ist aus Rand und Band!“ Da erhielt er die ironische Antwort, nun, dann werden sie bald zu den Lokalisten übertreten und Herr Ficht dazu, denn er mache ja jetzt schon alles auf eigene Faust, er merke auf den Schuhverband so wenig wie auf Herrn Knöllinger. Nach dieser Sitzung wurde das Gespräch am Telefon abgebrochen. Herr Knöllinger holte einen Schuhmann und ließ alle Arbeiter aus dem Betrieb weisen! — Wenige Tage

Abrechnung des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes für das vierte Quartal 1912.

Einnahme	Bei der Hauptstelle		Bei den Bahnhöfen		Gesamt		Ausgabe	Bei der Hauptstelle		Bei den Bahnhöfen		Gesamt	
	M.	Pf.	M.	Pf.	M.	Pf.		M.	Pf.	M.	Pf.	M.	Pf.
Kassenbestand vom vorigen Quartal	4 102 546	58	197 685	57	4 800 282	15	Für Heiseunterstützung	57	45	25 477	17	25 584	62
Beitrittsgeld	14	50	5 170	20	5 184	70	Arbeitslosenunterstützung	21	15	245 875	43	245 806	58
Beiträge	2 648	60	1 820 058	50	1 822 707	10	Streitunterstützung	—	—	102 611	51	102 611	51
Extrabeiträge	16	78	—	—	16	78	Krankenunterstützung	107	—	174 684	75	174 641	75
Gins aus Kapitalien	87 736	65	—	—	87 736	65	Gewahrselkostenunterstützung	—	—	12 047	55	12 047	55
Günstiges	222	85	506	86	810	71	Unterstützung in Sterbefällen	—	—	15 900	—	15 900	—
Anteil der Hauptstelle an den Lokalbeiträgen	—	—	66 056	88	66 056	88	Umzugsumunterstützung	984	70	12 167	18	18 101	88
Guthaben der Lokalkassen fürs 1. Quartal 1913	—	—	80 192	43	80 192	43	Reisefahrtenunterstützung	—	—	3 425	—	3 425	—
Zuschüsse aus der Hauptkasse	—	—	43 808	85	43 808	85	Medizinschutz	22	65	5 988	75	6 006	40
Von Bahnhöfen eingezahnt	647 759	70	—	—	647 759	70	Agitation	8 084	80	7 468	05	66 898	80
Summa	4 790 945	61	1 668 568	74	6 454 509	85	an die Gauvorstände	45 840	95	—	—	47 897	21
A b s c h l u s s							die "Holzarbeiter-Zeitung"	47 897	21	—	—	8 888	27
Gesamteinnahme	1 462 714,15	M.					Gleichheit, "Democia" und "L'Operaio"	8 388	27	—	—	17 909	59
Gesamtausgabe	1 021 598,15						Gehälter und Entschädigungen	17 000	59	—	—	81 819	45
Mehrereinnahme	441 116,—	M.					Druk, Buchbindarbeiten, Marken u. Stempel	81 819	45	—	—	1 019	69
Frik König, Kassierer.							Schreib- und Packmaterial	1 019	59	—	—	8 404	50
Revidiert und für richtig befunden:							Porto	8 404	50	—	—	2 602	50
Die Revisoren: Karl Klingner, Felix Leopold, Paul Michaelis et al.							Bureauaufwände, Reinigung und Beleuchtung	2 602	50	—	—	482	70
							Warenbedarf	482	70	—	—	—	—
							Sonstige Ausgaben	920	—	745	24	1 674	24
							Unkosten der Zentralkommissionen	824	90	—	—	824	90
							Unkosten im Bahnverkehr	1 491	08	—	—	1 491	08
							Anteil der Lokalkassen an den Verbandsbeiträgen	—	—	220 866	00	220 866	00
							Guthaben der Lokalkassen vom vorigen Quartal	—	—	8 821	90	8 821	90
							Konferenzen und zentrale Tarifverhandlungen	9 487	55	—	—	9 487	55
							Beitrag an die Generalkommission	15 200	—	—	—	15 200	—
							An die Hauptstelle eingezahnt	647 759	70	—	—	647 759	70
							An Bahnhöfen eingezahnte Zuschüsse	43 808	85	—	—	43 808	85
							Angenommen bei der Bank	4 552 738	41	—	—	4 552 738	41
							Bestand für nächstes Quartal	8 810	86	179 790	88	188 609	74
							Summa	4 790 945	61	1 668 568	74	6 454 509	85

Abrechnung des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes für das Jahr 1912.

Einnahme	Bei der Hauptstelle		Bei den Bahnhöfen		Gesamt		Ausgabe	Bei der Hauptstelle		Bei den Bahnhöfen		Gesamt	
	M.	Pf.	M.	Pf.	M.	Pf.		M.	Pf.	M.	Pf.	M.	Pf.
Kassenbestand vom 31. Dezember 1911	2 921 091	51	240 861	19	3 161 952	70	Heiseunterstützung	231	60	118 180	04	118 411	64
Beitrittsgeld	113	—	24 268	40	24 376	40	Arbeitslosenunterstützung	835	90	843 424	55	843 730	45
Beiträge	10 444	55	5 096 837	45	5 107 282	—	Streitunterstützung	126	—	563 600	84	568 726	84
Extrabeiträge	28	89	99 915	91	99 944	80	Krankenunterstützung	641	05	739 496	99	734 138	04
Gins aus Kapitalien	143 482	50	—	—	143 482	50	Gewahrselkostenunterstützung	—	—	52 616	29	52 616	29
Günstiges	278	80	1 951	44	2 225	24	Unterstützung in Sterbefällen	—	—	65 610	—	65 610	—
Anteil der Hauptstelle an den Lokalbeiträgen	—	—	66 056	83	66 056	83	Umzugsumunterstützung	3 223	55	44 836	41	47 600	98
Guthaben der Lokalkassen fürs 1. Quartal 1913	—	—	30 192	43	30 192	43	Reisefahrtenunterstützung	15	—	12 675	—	12 690	—
Zuschüsse aus der Hauptkasse	—	—	359 269	37	359 269	37	Medizinschutz	778	71	22 844	21	23 122	92
Von Bahnhöfen eingezahnt	2 384 841	70	—	—	2 384 841	70	Agitation	172 961	44	28 261	98	201 223	42
Summa	5 460 275	95	5 919 348	02	11 379 623	97	Für die "Holzarbeiter-Zeitung"	110 171	81	—	—	110 171	81
A b s c h l u s s							Gleichheit, "Democia" und "L'Operaio"	8 189	93	—	—	8 189	88
Gesamteinnahme	5 473 560,20	M.					Italieno"	75 485	82	—	—	75 485	82
Gesamtausgabe	3 894 164,75						Gehälter und Entschädigungen	48 396	85	—	—	48 396	85
Mehrereinnahme	1 579 396,45	M.					Druck, Buchbindarbeiten, Marken u. Stempel	1 906	29	—	—	1 906	29
Frik König, Kassierer.							Schreib- und Packmaterial	10 936	46	—	—	10 936	40
Revidiert und für richtig befunden:							Porto	10 482	33	—	—	10 492	33
Die Revisoren: Karl Klingner, Felix Leopold, Paul Michaelis et al.							Bureauaufwände, Reinigung und Beleuchtung	8 311	66	—	—	8 311	66
							Sonstige Ausgaben	8 249	69	2 249	01</td		

gleich 87,7 Proz. des Vollbeltrages und auf das einzelne jugendliche Mitglied 10,89 Mf. gleich 79,9 Proz. des Vollbeltrages.

Die Extrabeiträge gingen im Jahre 1912 99.045 Mf. ein. Davon entfallen auf diejenigen Zahlstellen, welche mehr als den Grundbeltrag abliefern, 97.787 Mf., für die Tafel-, Porzellan- und Vergarbeiter gingen 2179 Mf. und von Einzelmitgliedern 29 Mf. ein. Der Anteil der Hauptkasse an den Extrabeiträgen, welcher ab drittes Quartal erhoben wird, betrug in diesem Quartal 86.058 Mf.

Unter den Ausgaben des Jahres 1912 steht die Arbeitslosenunterstützung mit 843.780 Mf. an erster Stelle. Dieselbe hat sich gegen das Vorjahr um 247.157 Mf. gleich 41,5 Proz. erhöht. Von den übrigen Unterstützungen haben sich gegen das Vorjahr erhöht: die Reiseunterstützung um 17.864 Mf. gleich 17,2 Proz., die Krankenunterstützung um 77.249 Mf. gleich 11,8 Proz., die Unterstützung in Stecheräumen um 2486 Mf. gleich 3,0 Proz., die Umlaufsunterstützung um 1507 Mf. gleich 3,4 Proz., die Hofstädterunterstützung um 3187 Mf. gleich 33,5 Proz. und die Ausgaben für Nachschub um 624 Mf. gleich 2,8 Proz. Zurückgegangen gegen das Vorjahr ist die Streikunterstützung um 1.200.147 Mf. gleich 68,1 Proz. und die Maßregelungsunterstützung um 3222 Mf. gleich 5,8 Proz.

Von der Reiseunterstützung des Jahres 1912 entfallen 12.745 Mf. (11.529 Mf. im Vorjahr) auf die Aufenthaltsunterstützung. Dieselbe wurde an 9258 (8882) Empfänger ausgezahlt, und zwar an 658 je für drei Tage, 2180 je für zwei Tage und 6417 je für einen Tag. Von den Empfängern entfallen auf die in Betracht kommenden

Zahlstellen: Berlin 1101, Breslau 147, Dresden 428, Hamburg 1184, Köln 642, Leipzig 877, München 848, Braunschweig 109, Bremen 408, Chemnitz 196, Danzig 26, Dortmund 266, Düsseldorf 619, Duisburg 97, Elberfeld 239, Essen 62, Frankfurt a. M. 277, Halle 179, Hannover 586, Königsberg 22, Magdeburg 218, Mainz 218, Miltenberg 891, Stettin 110, Straßburg 87, Stuttgart 485 Empfänger.

Der Rechnungsbilanz für das Jahr 1912 ergibt eine Mehreinnahme von 1.879.895,45 Mf. und einen Bestand für das Jahr 1913 von 4.741.848,15 Mf. Mit den Beständen der Gau- und Zentralkassen stellt sich das Vermögen des Verbandes wie folgt:

Verbandskasse	4 741 848,15 Mf.
Gaukassen	8 861,48 "
Zentralkassen	2 471 861,18 "

Summa 7 221 570,76 Mf.

Aufschließend bringen wir eine Zusammenstellung der Zentralkassen im Jahre 1912.

Einnahmen

Kassenbestand vom 4. Quartal 1911 1.917.226,40 Mf.
Anteil der Zentralkassen an den Verbandsbeiträgen 854.458,87
Zentralbeiträge 2.008.834,99
Einnahmen für Vergütungen 82.801,47
Zinsen 14.195,15
Sonstige Einnahmen 818.115,10
Guthaben von der Hauptkasse 18.412,25

Summa 5 219.048,82 Mf.

Ausgabe	
Zentralunterstützung an Rollende	21.721,49 Mf.
Arbeitslose	645.726,84
" " Streikende	812.515,66
" " Strafe	265.403,49
" " Gemeindeleute	18.070,88
für Streiks anderer Gewerkschaften	60.006,24
Extrabeiträge an die Hauptkasse	15.767,19
für die Tafel-, Berg- und Porzellanarbeiter an die Hauptkasse	97.741,69
Agitation, Vorträge, Bibliothek usw.	2.178,80
Verwaltungskosten, persönliche	110.120,04
ländliche	552.512,28
Beiträge an Kartelle und Sekretariate	221.118,77
Ausgaben für Vergütungen	120.688,24
Anteil der Hauptkasse an den Verbandsbeiträgen	60.056,88
Sonstige Ausgaben	277.147,65
Guthaben bei der Hauptkasse	30.192,48

Summa 2.747.182,84 Mf.

Kassenbestand für das 1. Quartal 1913
Angelegt 2.815.778,96 Mf.
In bar 150.087,82 " 2.471.861,18 "

Summa 5 219.048,82 Mf.

Berlin, den 5. April 1913.

Der Verbandsvorstand.

Bericht und Abrechnung der Gauvorstände für das 2. Halbjahr 1912.

Vorort	Rheinland-Pfalz	Einnahme												Ausgabe												Bahl der Mitglieder am Schlusse des Halbjahrs	Bahl der Mitglieder am Schlusse des vorherigen Halbjahrs
		M	J	M	J	M	J	M	J	M	J	M	M	J	M	J	M	J	M	J	M	J	M	J			
Danzig	808.81	4598.89	—	—	4598.89	1185.80	1806.50	187.25	119.11	270.80	1400	—	44.69	4968.85	878.85	88.49	49.99	90.80	24.98	98.10	40.40	4268.85	269.41	4188.200			
Stettin	208.99	9545.45	—	—	9545.45	717.60	1104.80	85.60	67.07	293.93	1410	—	192.13	8750.89	8.10	15.76	2.2	15.83	12.5	45.45	4188.24	24.071	4071.98				
Breslau	789.18	6800.00	—	—	6800.00	1102.95	2384.80	195.60	179.22	243.84	2820	—	111.86	8910.87	482.81	149.27	9.8	1.1	21.47	48.84	8347.210	2042.97	8042.97				
Berlin	1.207.78	7711.70	145	—	7711.70	1389.10	2400.10	247.60	521.67	2080	—	42.60	7550.97	1578.91	218.8	5.14	17.47	51.17	95.95	33495.1019	37925.810	349.549					
Dresden	910	8000	—	—	8000	1143.75	2273.80	247.75	197.80	503.93	2380	—	204.85	7360.87	843.43	139.9	28.27	1.1	23.44	49.8	54.16207	344.81630	810.549				
Leipzig	909.64	7750	66.65	—	7750	7816.65	1488.80	2657.58	28.76	151.97	491.94	2010	—	125.87	7851.09	903.20	215.7	2.7	5.64	6.05	9.62	19011.1178	18240.1115				
Cöln	830.90	4982.83	6.50	—	4982.83	644.05	1902.00	54	293.41	229.01	1410	—	145.13	4079.00	210.45	100.9	10.10	1.1	12.5	14.5	11.67	19096.222	7244.218				
Magdeburg	185.43	8870.63	—	—	8870.63	503.85	775.80	183.80	70.85	173.57	1410	—	89.00	9233.77	302.29	81.12	6.6	5.58	18.18	3.37	7567.127	7217.118					
Hamburg	25.14	6488.55	—	—	6488.55	1173.46	1591.80	79	184.87	429.82	2040	—	81.83	8480.92	32.28	20.07	1.1	1.1	12.12	19.11	67.107	19448.787					
Hannover	70.95	834.19	—	—	834.19	1175.86	128.25	97.54	296.84	1440	—	120.38	4001.84	29.80	181.21	45.45	1.1	22.10	74.98	14.46	10381.210	10191.280					
Düsseldorf	1036.52	7000	—	—	7000	1276.05	1870.20	125	186.51	401.58	3000	—	158.46	7125.42	911.10	103.22	10.10	1.1	15.103	29.60	10924.588	10580.966					
Königsberg a. M.	243.72	9451.65	—	—	9451.65	2379.05	297.75	141.51	671.43	2580	—	1172.82	7815.49	1056.88	216.65	40.40	1.1	1.1	11.105	28.18	83.11927	11475.101					
Würzburg	18	3300	—	—	3300	516.65	1044.80	27.60	264.88	1500	—	48.90	8621.80	70.18	103.7	5	—	11.11	87.5	53.63	9511.9018	9486.2028					
München	565.51	8700	—	—	8700	408.87	15.80	189.82	370.60	1500	—	122.76	8586.02	715.89	105.17	1.1	1.1	27.12	18.17	42.92	8909.514	8912.480					
Stuttgart	579.76	6722.72	17	—	6722.72	9.00	6749.02	1043.20	320.07	197.15	294.10	—	272.21	7000	202.13	8.03	1.1	11.75									

Correspondenzen.

Düsseldorf. (Vergolder.) In der Weissenfabrik
Freiberg u. Co. gab es vor einiger Zeit Differenzen wegen
schlechter Bezahlung der Aufforderungen, herrischen Be-
nehmens des Meisters und ungünstiger Ausgabe von Ma-
terialien. In dieser Fabrik haben leider früher die meisten
Arbeiter vergessen, sich der Organisation anzuschließen, um
gemeinsam ihre Interessen vertreten zu können. Wenn
Mollege könnte angeblich seine Mitarbeiter über den Weg
tragen, deshalb hätte der Unternehmer bisher leichtes Spiel
mit den Arbeitern, er brauchte die Organisation nicht zu
fürchten. Daher kamen die vielen Differenzen. Endlich
hat sich nun ein Teil der Mollegen der Organisation ange-
schlossen, um mit Hilfe der letzteren Mündur zu schaffen.
Der Beschluss unserer Mollegen, falls Veränderungen in der
von ihnen gewünschten Weise nicht eintreten, die Arbeit
einzustellen, zwang die Firma, endlich eine Regelung her-
beizuführen. Erreicht wurde eine Aufbesserung der Aufforde-
der Weissenpolierer von 10 Proz., ferner Abstellung
der obigen Missstände. Die Polierer haben aus diesen
Vorgängen ersehen, daß nur ein geschlossenes Vor-
gehen, im Rüden die Organisation, es ermöglicht, Mis-
stände zu beseitigen. Die Mitarbeit im Dienste der Or-
ganisation haben wir aber leider bis jetzt vermissen
müssen. Es gilt noch, die Organisation auszubauen,
um zunächst den neunstündigen Arbeitstag in den
heisigen Vergoldereien voll durchzuführen. Die bisherige
Lauheit muß auch unter den Arbeitern in unserer Branche
schwinden, damit wir es den übrigen Angehörigen des
Deutschen Holzarbeiterverbandes in bezug auf die Besser-
stellung ihrer wirtschaftlichen Lage gleich tun können. Es
darf in Zukunft nicht passieren, daß von den circa 40 Mit-
gliedern unserer Sektion kaum 10 Mann in die Versammlung
kommen. Es muß die Aufgabe aller Branche-
angehörigen sein, dem Ruf der Sektionsleitung zu den Ver-
sammlungen Folge zu leisten, denn nur dadurch können
wir eine Besserung unserer wirtschaftlichen Verhältnisse
erreichen.

Frankenthal. Zu den in Nr. 13 aufgeführten Verbesserungen der Arbeitsbedingungen, die bei den hiesigen Firmen auf Grund tatsächlicher Vereinbarungen am 1. April d. J. in Kraft getreten sind, ist noch ergänzend zu bemerken, daß auch bei der Firma Widroth u. Co. außer der Lohn erhöhung von 1 Rl. pro Stunde eine wachstümliche Arbeitsüberfüllung von einer Stunde eintritt.

Hamburg. (Paritätischer Arbeitsnachrichten.)
Wochenbericht vom Sonnabend, den 29. März, bis Freitag,
den 4. April 1913.

Branchen	für d. Woche besetzte Arbeits- stellen	am Wochenende vorhanden offene Arbeits- stellen	gemeldete Arbeitslose
Gärtner und Landarbeiter	69	—	334
Möbelarbeiter	87	—	143
Maschinenarbeiter	6	—	28
Polierte und Feiger	5	—	8
Drechsler	—	—	2
Sonstige Branchen	3	—	26
Zusammen	170	—	544

Münzen. Goldleitene und Mahnen
mache. In unserer letzten gut besuchten Sessionver-
sammlung berichtete unser Sennheiser über: „Die Ver-
hältnisse in der Vergolderbranche im ganzen Reich“, wobei
er sich auf den Bericht der Zentralkommission der Vergol-
der für das Jahr 1912 stützte. Leider trug die Interessen-
lehrgabe unserer Kollegen in vielen Orten dazu bei, die zeitgemäße Kostentwidlung betreffs Arbeitszeit und Löhne
in unserer Branche zu bemühen. Deswegen ist es aber
eine leidliche Zählstellenbevollmächtigte und Gra-
voriende unsere Zentralkommission in der Aktionen nicht
so unterstützen, wie es verlangt werden kann. Das rege
Aufruhe der Gewerkschaften bestoßt, daß sie die mühvolle
Arbeit der Zentralkommission zu würdigen wissen. Schade
nur ist es, daß den Sectionen dieser Jahreszeit mit 1912
nicht übersehen werden kann. Dazu möchten wir die Kol-
legen allerorts darauf aufmerksam machen, daß hier in
Kürze ein Kalung der Ordinariegang ein ärgerlich schlech-
ter ist und Anträgen nichts dienen wird. Wenn-
gegens ist bei gewöhnlichen Arbeitsgejagen nur der Arbeits-
auftrag: Vergolderei 40-12 zu benutzen und haben die
Möglichkeit bei Prüfungnahme derselben die Konsequenzen zu
ziehen.

Karlsruhe. Da es inzwischen der 1. Juli 1911 vom 3. August 1912, also vor drei Monaten, haben wir die Anregung zu einer Streikzeitung gegeben. Nach dieser langen Zeit und mit Recht so weit, das noch niemand weiß, wann diese Zeitung über uns hinzuheben wird, wenn je, wann dies geschehen wird? Wieder liegt die Hauptfunktion unserer zur Verhandlung und Auseinandersetzung eingeladenen Kollegen. Es haben in dieser langen Zeit nur von 6 Orten sich die Stuttgarter Bergarbeiter beschwert, und zwar gegen Gräbendorf, Berlin, Potsdam, Frankfurt, Chemnitz und Kemberg. Unseres Wissens kommt noch 12 Orte in Betracht: Höchstädt, Nürnberg, Fürth, Ingolstadt, Landshut, Ulm, Freiburg, Konstanz, Schaffhausen, Winterthur, Aachen, Düsseldorf, Oberhausen, Bochum, Hamm, Bielefeld, Münster, Bremen, Wuppertal, Düsseldorf und Berlin. Wieviel mehr könnte von den anderen Kollegen gesagt werden kann! Die zweitgenannten 12 Orte haben alle bei Sonderarbeitsverhältnissen gearbeitet, und sind so leicht losgekommen, als die traditionellen Arbeitsverhältnisse fortwähren. Diese Bilder des Gewerbes hat eine Besetzungsleitung unserer Gewerkschaften. Am ehesten günstiger Tatjashoff, am 1. April 1911 bette eine sehr traurige Begleiterscheinung. Bei dieser Zeit haben drei Betriebe mit circa 300 Arbeitern diese Zahl von mir die Hälfte reduziert. Der niedrigste Betrieb mit 20 Arbeitern ist Ende März in Konkurs gegangen. Heute hier und noch andere Gründe entgegengestellt werden. Die Fortsetzung hat dies keines erheblich beeinträchtigt. Es ist nicht fast eines Zustandekommens geschehen, wodurch die auswärtigen Gewerkschaften geführt werden, ihre Arbeit zu anderen Unternehmen zu verlagern. Dann wird sie in Zukunft keinen Platz mehr für gewöhnliche Arbeiterschaft unserer Gewerkschaft finden.

zustande kommt und von einem Wert sein soll, dann müssten diese 18 Orte oder vielleicht noch zu nennende angeregt und soweit als möglich mit einbezogen werden. Wir versuchen die Gaudorstände und die betreffenden Ortsverwaltungen, uns dabei behilflich zu sein. Wenn die Konferenz zu Pfingsten abgehalten werden soll, dann muß unsere Zentralkommission von jetzt ab sehr fleißig sein, da doch viele Vorarbeiten zu treffen sind. Wenn wir andere Branchen betrachten, da geht das am Schnürchen. Die Binselmüller haben zirka fünf Monate später als wir die Anregung zu einer Konferenz gegeben. Sofort wird von den meisten Orten, die dabei in Frage kommen, Stellung genommen. Es wäre nicht zu verwundern, wenn diese Kollegen noch früher ihre Konferenz abhielten als wir. Wie vergessen dabei nicht, dass dort ein grösserer Prozentsatz Organisierter vorhanden ist. Die Hauptache aber ist dort, dass ein ganz anderer Kameradschaftlicher Geist herrscht als bei uns. Wir könnten es nicht einmal so weit bringen, dass wir von jeder Stammfabrik oder Werkstatt die Adresse eines zuverlässigen Kollegen erhalten, um bei solchen Gelegenheiten sofort sich gegenseitig zu verständigen. Interessestigkeit der Organisation gegenüber ist die Haupschuld in diesen jämmerlichen Zuständen. Wenn wir von Nürnberg und noch einzelnen Orten nicht immer wieder erneut in der „Holzarbeiter-Zeitung“ Anregung gegeben hätten, wäre unsere Konferenzgeschichte längst eingeschlafen und hätten wir uns nur lächerlich gemacht. Erwünscht wäre uns, wenn die Zentralkommission, die doch diese Sache in die Hand nehmen muß, baldigst bestimmt zum Ausdruck bringen würde, ob und wann die Konferenz abgehalten wird.

Waderbörn. Der Bericht in Nr. 8 über die Betriebs-
erhältnisse der Möbelfabrik Bernard Stadler hat zu einer
Absprache mit dem Inhaber Alulaz gegeben, aus der her-
vorgeht, daß dieser wünscht, für den Betrieb nur ältere
Löhner, die schon längere Zeit auf gute Möbel gearbeitet
haben, einzustellen, keinesfalls jünger als 21 Jahre. Auch
in der Holzausschneiderei werden schon heute ältere gesuchte
Löhner beschäftigt.

Unsere Lohnbewegung.

Sieg in Bremerhaven, 12

— I. Der Tischlerstreit ist nach 10monatlicher Dauer mit einem vollen Erfolg beendet. Mit dem Streit in den unterschiederten Bremerhaven, Geestemünde und Oehe ist ein Kampf zum Abschluß gekommen, der eine Bedeutung hat, die über den örtlichen Rahmen hinausgeht. Nicht nur die Länge der Dauer gibt ihm diese Bedeutung, denn wir haben als Holzarbeiter schon Kämpfe von längerer Dauer mit Erfolg zum Abschluß gebracht. Dieser Kampf war mit nem Unternehmertum auszufechten, das jahrelang für sich das Recht in Anspruch nahm, die Lohn- und Arbeitsbedingungen der Tischler einseitig zu dictieren. Die Arbeitgeber sind mit wenigen Ausnahmen im Arbeitgeberverband für das Baugewerbe organisiert. Der Kampf wurde nicht dadurch erleichtert, daß vornehmlich Kleinmeister mit wenigen Gesellen neben einer Anzahl Bauschäfte in Frage kamen, die den Ton im Arbeitgeberverband angeben und denen die Kleinmeister eine willige Erfolgshaft leisten.

Zur den Frühjahrsgeneralversammlungen wurden die Stundenlohn für die Tischler bisher festgelegt; in der Regel ging der Beschluss dahin, der bisherige Stundenlohn genugend und bleibt bestehen, im günstigsten Falle wurde der Stundenlohn um 1 bis 2 Pf. durch Beschluss erhöht. An der 10stündigen Arbeitszeit durste nicht geäußert werden. Man bildete sich nicht wenig darauf ein, so mit allerorten in der Tischlerei die Arbeitszeit eine gesetzliche Verkürzung erachtet hat, in der Beischaltung der 10stündigen Arbeitszeit das Prinzip gewahrt zu haben. Die Konsequenz dieses Verhaltens war, daß man sich gegen die Tarifverträge wendete, zur das Baugewerbe besteht und es seit der Aussperrung im Jahre 1910 ein Vertrag.

Gelegentliche Ausprüche der Führer der Arbeitgeber
igen, daß man mit Nachdruck den Standpunkt des Herrn
Hause vertrat. Als sich die gesamte Arbeiterschaft des
Holzgewerbes im Jahre 1904 gegen die Errichtung des Al-
tersnachwuchses der Arbeitgeber wandte und diese die Nicht-
eröffnung desselben mit der Aussperrung beantworteten,
klärte der damalige Vorsitzende des Arbeitgeberverbandes
eine Kommission des Holzarbeiterverbandes: „Vier, nein
zwei Monate muß das wirtschaftliche Erwerbsleben lahm-
legt werden, damit die Arbeiter zu streiken frieden. Wir
sind uns keine Vorrichten machen, wie wollen „Heit
i Hause ja.“ Leider hatten die verschiedensten Kämpfe,
die im Laufe der Jahre geführt wurden, keinen günstigen
Ausgang. Hierdurch fühlten sich die Unternehmer in ihrem
Standpunkt noch bestärkt.

Man brauchte sich deshalb gar nicht über die Antwort wundern, die unserer Verwaltung auf die Ende Mai 1912 nachreichten Forderungen zuteil wurde. Unsere Forderungen waren auf der Grundlage unseres Beitragsantrages aufgestellt. Gefordert wurde eine Arbeitszeitverkürzung von 60 auf 56 Stunden mit Lohnausgleich und eine Lohnverkürzung von 4 Pf. während der Beitragsdauer, Feststellung eines Mindestlohnes, Überstundenzuschläge, Zulage bei Montagearbeiten. Ferner wurde gefordert, daß die Arbeitgeber das Werkzeug für die Tischler stellen sollten, das Punkt, die in den meisten Orten durch Verträge nicht geregelt sind, ohne das Tischlerhandwerk dem Ruin erliegen zu haben. Die Arbeitgeber der Unterwerftorte sollten aber an dem bisherigen Zustand nicht gerüttelt werden, wie aus der nachfolgenden Antwort hervorgeht:

Bremervörde, den 5. Juni 1911
In den Deutschen Käfzwerkeverbund

Denjenen, der zu arbeiten
möglieke Bremerhaben!

In unserer geistigen Versammlung der Gruppenholz bearbeitungsfabriken und Tischlerei betriebe ist folgendes beschlossen:

1. Soweit von den Holzbearbeitungsbetrieben unge-
lieferte Arbeiter beschäftigt werden, sind die in Frage
stehenden Betriebe zu einer Verhandlung mit ihren Ar-
beitern — wie bisher — bereit und werden die diesbezüg-
lichen Schritte in die Wege leiten.

Die Gruppe Zuliefererbetriebe hat die eingereichten Forderungen ebenfalls abgestimmtlich zugespielt erhalten und folgende Einigung einstimmig angenommen:

„Die am 4. Junt 1912 tagende Versammlung der Gruppe Tischlereibetriebe des Arbeitgeberverbandes für das Baugewerbe hat von den vom Deutschen Holzarbeiterverband eingereichten Forderungen Kenntnis genommen und ist der festen Überzeugung, daß die heutige Konjunktur es durchaus nicht zuläßt, eine nochmalige Lohn erhöhung vorzunehmen, weil Anfang September 1911 auf Antrag des Holzarbeiterverbandes eine Erhöhung des Lohnes um 2 Pf. und am 1. April 1912 eine freiwillige Bulage von weiteren 2 Pf. pro Stunde stattgefunden hat. Eine Verkürzung der Arbeitszeit wird grundsätzlich abgelehnt. Die Versammlung lehnt es ferner ab, in eine Veratung der eingereichten Forderungen einzutreten, weil dieselben sich in Bahnen bewegen, die einer Schließung der Betriebe gleichkommen und der Stundenlohn der Tischler zu denen der verwandten Gewerbe im richtigen Verhältnis steht.“

Da mit Ablauf des Tarifvertrages für das Maurer- und Zimmerergewerbe am 31. März 1919 eine Neuregelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse in Aussicht steht, dürfte es sich empfehlen, vorliegende Wünsche bis dahin zurückzustellen."

Digitized by srujanika@gmail.com

§ 21: Obereignungen: Geschäftsführer.

3. a. Doppelmauer, Gefülltmauer,
mit Beschlag der Kreisfahrsgeneralsversammlung

Zum Wehrkampf der Kluftschlagergemeinschaftszusammensetzung war ein Stundenlohn für Tischler um 2 Pf. erhöht worden, er mit glaubte man die Tischler wieder für ein Jahr zu Frieden zu haben und sie auf die Bauarbeiterbewegung zu beruhigen zu können. In Verhandlungen einzutreten, schonte man ab; aber man fand es für nötig, besonders zu vermerken: „Eine Verkürzung der Arbeitszeit wird grundsätzlich abgelehnt.“ In Wahrheit die Arbeitszeitverkürzung war aber unsere Hauptforderung, die diesmal durchgesuchten werden sollte. Trotz herausfordernden Antwort ist seitens der Organisationsvertreter der Versuch unternommen worden, vor der antuellen Arbeitsniederlegung doch noch zu Verhandlungen zu kommen. Der Vorsitzende der Gruppe Tischlereltern lehnte jedoch rücksichtslos ab, denn für sie sei eine Gründung der Forderung nicht nötig. Der Geschäftsführer verschanzte sich hinter den Versammlungsbeschluss, musste denn der Kampf aufgenommen werden. Am Juni 1912 legten 120 Tischler die Arbeit in 62 Werkstätten nieder, während in den Holzbearbeitungsfabriken weitergearbeitet wurde.

Unsere Kollegen haben aus den früheren Kämpfen gesehen. Schon bei Beginn des Streits waren sich alle Beteiligten klar, daß sie nicht nur einen langwierigen Kampf durchzufechten hätten, sondern daß dieser Kampf überhaupt durchgefochten werden sollte. In den ersten Wochen standen nicht nur die sedigen Kollegen das Kampfgebiet, sondern eine Anzahl befehlsrechter Kollegen reiste ab, um auf diese Weise mit dazu beizutragen, den Kampf mit größerem Druck durchzuführen zu können. Die Wersten erklärten mit den Tischlermeistern und Bauunternehmern sich zur Seite des Tischlers, wurden nicht eingestellt.

Von beiden Seiten wurde der Kampf mit großer Hartigkeit monatelang geführt. Ende August wurde von unserer Seite bei den streitenden Parteien angefragt, ob sie zu Verhandlungen bereit seien. Während unsere Verhandlung sich einverstanden erklärte, lehnten die Arbeitgeber uns noch jede Verhandlung rundweg ab, wohl in Erwartung, daß die Tischler bald zu Kreuze frischen möchten. Die Ablehnung löste aber bei den Streitenden eine entgegengesetzte Wirkung aus, denn nun verließen die weitere Anzahl von Kollegen den Kampfplatz, so daß den 25 noch Streitenden der Kampf getroffen blieb und fortgeführt werden konnte. Bis zum Abschluß verringerte sich die Zahl der Streitenden auf 18. Als Ende November dieses Jahres der Vorsitzmann des Bremischen Rates in Bremerhaven, Herr Wedde, wiederum bei dem Kämter anfragte, waren auch die Arbeitgeber zu Verhandlungen bereit.

Bei der ersten Verhandlung, die am 7. März unter Vorßß des Amtsmanns tagte, machten die Arbeitgeber wundervollen Vorschlag: wir sollten, um die Verhandlungen abzufürzen, einen Waffenstillstand schließen und die Zeit wieder aufzuhören. Sie seien dann bereit, uns das einzuzustehen, was die Bauarbeiter bei ihrer Bewegung reichen würden. Wir bezweifelten, daß dieser Vorschlag jetzt gemeint sei; da sie aber behaupteten, es sei ihr voller Sinn, so lehnten wir diesen so wohlgemeinten Vorschlag schieden ab. Der Vorschlag wurde dann zurückgezogen; er jetzt bezweifelte man auf Arbeitgeberseite, ob es überhaupt möglich sein werde, über alle Punkte des Vertrages eine Vereinigung zu erzielen und beantragte, für die weiteren Verhandlungen von jeder Partei einen Vertrauensmann hinzuzuziehen. Als Vertrauensmann unserer Partei wurde Genosse Edlerich benannt, während die Arbeitgeber den Vorsitzenden des Arbeitgeberverbandes für das Bergbau- und Gewerbe, Herrn Hoffmeier, als ihren Vertrauensmann bestimmten. Die weiteren Verhandlungen fanden unter Vorßß des Amtmanns mit den Vertrauensleuten statt; die strittigen Punkte sollten event. Schiedssprüche getragen werden.

Die Arbeitgeber überreichten uns bei der zweiten Verhandlung als Gegenstück zu unseren Forderungen ihren Vorschlag, und zwar aufgebaut auf das Vertragsmuster für Baugewerbe. Die Verhandlungen drohten von vornherein zu scheitern, da man uns erst die 58stündige und später 57stündige Arbeitszeit anbot mit der Bedingung, daß diszipliniell am Feiertag nicht gerüttelt werden dürfe; drei Stunden Arbeitszeitverkürzung müssen auf den unabendnachmittag fallen. Am übrigen verlangten sie schließlich hierüber einen Schiedsspruch. Dieses Zugeständnis haben wir entschieden ab und blieben auf unserer Forderung, 9½ stündige Arbeitszeit und Sonntagnachts 8½ Stunden, bestehen. Der Vorsitzende zog sich, nachdem die beiden eigenen Erklärungen abgegeben waren, mit den Vertrauensleuten zurück und verkündete hierauf die folgende Entschließung der Unparteiischen: „Nachdem die Arbeitgeber die von den Arbeitnehmern geforderte vierstündige Arbeitszeitverkürzung für drei Stunden zugestanden haben, glauben die Unparteiischen, daß für die noch übrige vierte Stunde eine Einigung der Parteien wohl

herbetraufen seien wird, daß event. hierüber die Unparteiischen einen den Parteinteressen gerecht werdenenden Schiedsspruch abzugeben vermögen. Die Unparteiischen müssen es aber ablehnen, über die strittige Frage, ob die Arbeitszeitverkürzung auf einen Nachmittag zu legen oder auf die 8 Tage der Woche zu verteilen ist, durch Schiedsspruch zu entscheiden, da nach den prinzipiellen Erbringungen der Parteien über diese Frage die Annahme des Schiedsspruches nicht zu erwarten ist, andererseits bei seiner event. Annahme angenommen werden müßt, daß alle weiteren Vertragspunkte zu weiteren Gegensätzen und somit zu bringenden Vertrag könnten aber die Unparteiischen nicht als eine geeignete Grundlage eines friedlichen Arbeitsverhältnisses ansehen.

Die Unparteiischen schlagen daher vor, falls über die Frage der zu kürzenden Arbeitszeit keine Einigung der Parteien zustande kommt, die Verhandlungen zu vertagen.

Die Arbeitgeber beantragen jetzt die Verlängerung um Gelegenheit zu haben, gesondert zu beraten. Die Verhandlungen wurden verlegt. Der Vorsitzende erklärte noch Einigung der Entscheidung der Arbeitgeber, zur weiteren Verhandlung einzuladen.

Ganz so leicht wird den Arbeitgebern dieser Entschluß, die 9½ stündige Arbeitszeit anzugelehen, ja nicht geworden sein; aber sie haben dem zugestimmt. Das Prinzip war in Schreiben gegangen und hiermit wäre die Lohn-frei gekommen, über die sonstigen Differenzpunkte leichter hinwegzukommen, wenn nicht das Vertragsmuster leichter hinweggeworfen wäre neue Schwierigkeiten in den Weg gelegt hätte. Diese sind ebenfalls überwunden worden. Der abgeschlossene Vertrag ist ohne Schiedsspruch zustande gekommen. Derselbe weicht nicht wesentlich von unserem Vertragsmuster ab, während von ihm Vertragsentwurf der Arbeitgeber nicht viel im Bezug auf Aufnahme gefunden hat. Die Arbeitszeit beträgt pro Woche 5½ Stunden, täglich 0½ Stunden, vom 1. Oktober 1915 ab 5½ Stunden. Der Stundenlohn, der vor Beginn des Kampfes 64 Pf. betrug, wird sofort um 6 Pf. erhöht und beträgt 59 Pf. ab 1. April 1915 61 Pf. ab 1. April 1915 63 Pf. und ab 1. Oktober 1915 64 Pf. Es beträgt die Lohnhöhung für den auf 9 Jahre abgeschlossenen Vertrag 10 Pf. pro Stunde, davon 4 Pf. als Lohnausgleich für die 4 Stunden Arbeitszeitverkürzung. Die Zuschläge für Überstunden sind mit 10 Pf. für Nacht- und Sonntagsarbeit mit 20 Pf. festgelegt. Die sonstigen Bestimmungen des Vertrages sind im wesentlichen auf der Grundlage unseres Vertragsmusters gereellt.

Wir haben mit diesem ersten Vertragsabschluß einen vollständigen Sieg über den Arbeitgeberverband zu verzeichnen. In Stelle des einsitzigen Vitzlers der Arbeitsbedingungen durch die Unternehmer treten wir als Vertragskontrahent auf. Leicht ist uns dieser Kampf nicht gemacht worden. Die Unternehmer haben sich die redlichste Mühe, Arbeitswillige von ausgesetzten heranzuziehen. Es ist aber fast in allen Fällen gelungen, die nach Aufklärung der Sachlage wieder aus den Betrieben zu entfernen. Zeitweilig war der Zugang von Tischlern sehr groß und mancher kam mit der Absicht, er wolle zur See fahren, um dadurch unbehelligt zu bleiben. Unsere Streitenden waren aber auf dem Posten, und vor allem ist es diesem Klimax zu beschreiben, daß die Zahl der Streitbrecher nicht größer wurde und der Kampf durchgehalten werden konnte.

Eine nicht gerade rühmliche Rolle spielte in dem Kampfe der Tischler An geloh, der vor mehreren Jahren einmal Bewollmächtigter der Fabrik war. Am Streit beteiligte sich derselbe nicht, und als sein Name mit unter den Arbeitswilligen veröffentlicht wurde, suchte er seine Handlungsmöglichkeit in einem "Gegeland" in der Norddeutschen Volksstimme noch zu rechtfertigen. Er bezichtigte den Streitbrecher, der jeder berechtigten Grundlage entbehre, als feind. Die Arbeitgeber schlachteten dieses weidlich aus, in der bürgerlichen Presse wurde die "Erklärung" mit den nötigen Bemerkungen abgedruckt, um den Beweis zu führen, daß die Weiterführung des Streits aussichtslos sei, weil ja selbst ein früheres Verbandsmitglied dieses bestätigte. Auf die Streitenden hat diese Schreiberei ihre Wirkung natürlich verjagt.

In den letzten Wochen des Kampfes erschienen auch die Hirzische auf dem Plan, um den Versuch zu machen, mit den Arbeitgebern einen Vertrag abzuschließen. Wenn auch der Vorstand des Gewerbevereins der Tischler fürzlich berichtet, daß sie in den Unterwerorten keine Mitglieder haben, so sind doch von dem Hirzsch-Dünkerischen Gewerbeverein-Kreisrat in Bremen die Forderungen den Arbeitgebern in den Unterwerorten übermittelt worden. Nach Ablauf der Arbeitgebervertreter soll von 1915 ab die 8½ stündige Arbeitszeit gefordert werden sein und sollen zwei Vertreter aus Bremen Verhandlungen angebahnt haben. Wenn die Arbeitgeber dieses Geschäft nicht gemacht haben, so mag es ihnen wohl selbst nicht recht behagt haben, einen Vertrag für die Tischler mit dem Gewerbeverein der Maschinenarbeiter oder dergl. abzuschließen, mit dem die Tischler im allgemeinen nichts zu tun haben. Vielleicht haben aber auch die Arbeitgeber die Bedeutungslosigkeit der Hirzsch-Dünkerischen Gewerbevereine in den Unterwerorten in Betracht gezogen.

Die Streitenden haben sich tapfer gehalten und konnten alle Schwierigkeiten, die sich im Laufe dieses Streits boten, um so leichter überwinden, weil mit dem Bewußtsein gekämpft wurde, daß in den Unterwerorten einmal Freiheit gezeigt werden mußte. Und dieses ist mit dem Vertragsabschluß glänzend gelungen.

In Großenhein haben die Kollegen den zwischen der Firma Emil Kirchner, Baufabrik, und unserem Verband sowie dem Gewerbeverein bestehenden Vertrag getändigt. Die Stellungnahme der Firma zu den angebotenen Verhandlungen wegen Abschluß eines neuen Vertrags ist noch ungewiß.

In Johanngeorgenstadt befindet sich seit Februar die Firma Emil Kirchner, Baufabrik, und unserem Verband. Der Betrieb wird zum Teil weitergeführt. Der Betriebsleiter hat jetzt den Zusammensezern für ein neues Modell einen um 2 M. reduzierten Aktiendienst angeboten, was diese

ablehnen müßten. Darauf würden 8 Zusammensezern und 1 Ausarbeiter entlassen. Die Firma könnte jetzt wohl versuchen, von außerhalb Arbeitssuchende heranzuziehen. — In der Bim m er u h e n f a b r i k Bay wird ebenfalls fortwährend an den Akkordpreisen geändert. Der Arbeitsmaterialausgeber hat längst sogar einen solch niederen Preis festgesetzt, daß ein Kollege trotz angestrengter Arbeit in der Woche nur 10 M. verdien können könnte.

In Böhl haben jetzt nach Erledigung der allgemeinen Tarifbewegung die P o d e l s c h e i n e r der Firmen Peter Koch sowie Gebr. Kistemann eine Lohnbewegung durchgeführt. Der Erfolg ist als ein vollständiger zu bezeichnen. Die Mindeststundensätze wurden um 5 Pf. pro Stunde erhöht. Auf alle bestehenden Löhne ist ein Aufschlag von 8 Pf. pro Stunde erzielt worden, der in zwei Staffeln eintritt. Am 1. Januar 1915 tritt eine Stunde Arbeitszeitverkürzung ein, wobei der Betrieb Kistemann noch einen weiteren Pfennig pro Stunde als Lohnausgleich gewährt. Bei Koch beträgt sodann die Wochenarbeitszeit 66 Stunden. In beiden Betrieben findet der Arbeitsnachweis der Modellschreiner Anerkennung. Diese Bewegung wurde durch Verhandlungen erledigt, beteiligt waren nur Kollegen des Deutschen Holzarbeiterverbandes.

In Wands bei Stettin sind die Tischler und Maschinenarbeiter der Firma C. A. Schmidt u. Co. am 5. April zu den Streit getreten. Der im Jahre 1911 abgeschlossene Arbeitsvertrag hat am 1. April d. J. sein Ende erreicht. Die Kollegen fordern für die nächste Vertragsdauer eine Lohnhöhung von 8 Pf. pro Stunde und eine Arbeitszeitverkürzung von 8 Stunden pro Woche. Die Firma hat aber jede Arbeitszeitverkürzung fächerlich abgeschaut, trocken die wöchentliche Arbeitszeit heute noch 90 Stunden beträgt. Die Verhandlungen sind deshalb gescheitert. Zugang nach Wands in Pommern ist fernzuhalten.

In Struberg haben die Kollegen der F a m i n f a b r i k Probst seit dem 7. März dreieinhalb Wochen lang im Streit gestanden, weil die Arbeiter unpassend behandelt wurden und ein seit 15 Jahren dort beschäftigter Kollege in schroffster Form entlassen wurde. Dazu kam, daß die Kollegen seit Monaten nur 44 Stunden pro Woche arbeiten konnten, während die Firma große Posten Rämme fertig von auswärts bezog. Der Streit, an dem 119 Personen beteiligt waren, wurde schließlich dadurch beigelegt, daß die Firma zugesandt für volle Beschäftigung in der verlängerten Arbeitszeit zu sorgen und den Mindestlohn zu garantieren, auch sollte eine bessere Behandlung eintreten.

In Nauen haben die Tischler, Polerer und Maschinenarbeiter in den Möbelfabriken L. Tschulam und W. Wöhls Forderungen eingereicht. Die Unternehmer fordern den Abschluß eines Vertrags. Auf Veranlassung des Deutschen Industriegewerbeverbandes wurde unsere Verhandlungskommission zwecks Verhandlung in ein Lokal bestellt. Die Unternehmer erschienen jedoch nicht, so daß die Verhandlungen nicht stattfinden konnten. Unterdessen hatten sich die Unternehmer in einem anderen Lokal versammelt und teilten unserem hinzugezogenen Gauvorsteher mit, daß der betriebsame Schuh- und Möbelarbeiterverband beschlossen habe, daß der zu verhandelnde Vertrag in den bereits besetzten Vertrag für die Schuharbeiter hineingearbeitet werden solle und daß der Lokalangestellte von den Verhandlungen ausgeschlossen sei. Da auf einer solchen Grundlage paritätische Verhandlungen bei denen die in der Möbelbranche sonst üblichen Verhältnisse zu berücksichtigen sind, unmöglich gemacht werden sollten, wurde den Unternehmern empfohlen, zunächst eine Änderung ihres Preisfaches herbeizuführen. Wenn ihnen an einer friedlichen Erledigung dieser Lohnbewegung etwas zulegen ist, werden sie dieses tun müssen. Dass unsere Kollegen zunächst die geforderten Überstunden verweigern, haben sich die Unternehmer selbst zuschreiben.

In Sangerhausen zählt die Firma H. V. Wrona u. Möbelfabrik, zu den durch den Ausgang unserer diesjährigen Vertragsbewegung Geführten. Auf den zu erwartenden Konflikt hin ließ sie bis in den Januar d. J. hinein Vorräte auf Vorräte häufen, für die jetzt die Kaufleute ausbleiben und die nun durch das Lager an Güte nicht gewinnen. Das soll jetzt auf dem Wege eingebracht werden, daß die Preise für die neuen Muster so niedrig gehalten werden, daß nicht einmal der Abschlagslohn dabei zu verdienen ist. Unterhandeln will die Firma momentan nur mit dem einzelnen Garantie des bisherigen Durchschnittsverdienstes bei neuen Arbeiten, gibt es nicht, desgleichen nicht, daß bei Vereinbarung des Tarifpreises der bei erstmaliger Fertigung herausgeförmte Arbeitspreis auf Grundlage genommen wird, vielmehr soll dem Arbeiter als weitere Gnade gestaltet sein, die Übernahme des Akkordes abzulehnen. Dazu dann noch die technischen sowie in der Zeitung bestehenden Mängel des Betriebes, die aber von der Firma in übergehender Weise ignoriert werden, und das Maß ist voll zum Überlaufen. Infolgedessen ist über den Betrieb die Spur verhängt und die Kollegen werden dringend gebeten, denselben zu meiden.

In Sechshain, K e i s W a n g e b e n, einem Städchen in einem Bezirk, der durch den graphindustriellen Betrieb der Landwirtschaft berühmt geworden ist, sind die Arbeitsverhältnisse im Tischlergewerbe noch sehr rückständig. 6½ stündige wöchentliche Arbeitszeit und 35—37 Pf. Stundensatz. Die Aufnahme, die deswegen die Forderung der Kollegen auf 6½ stündige wöchentliche Arbeitszeit, 6 Pf. Lohnhöhung und entsprechenden Zuschlag auf Überstunden und Montagearbeit bei den Arbeitgebern bezw. deren Ehegatten hand, läßt sich hiernach wohl denken. Den Zugang nach diesem wundermilden Städchen zu unterlassen, wird deswegen den Kollegen dringend empfohlen.

Zu Solingen haben die etwa 60 Schalen Schneider auf dem Verhandlungswege wesentliche Verbesserungen erreicht. Es wurde ein dreijähriger Tarifvertrag abgeschlossen, der neben sonstigen wesentlichen Zugeständnissen die neunstündige Arbeitszeit an Stelle der bisherigen 9½—9¾ Stunden bringt.

Ausland.

Zu Kopenhagen ist die Lohnbewegung der K o r b m a c h e r ohne Streit zu Ende geführt worden. Eine allgemeine Erhöhung der Tarifpreise war nicht zu erreichen

noch wurde eine Aufbesserung der schlecht beglaubten Arbeiten durchgesetzt. Die Leitung des Korbmacher-Bachverbandes betont in ihrem Bericht aufrichtig, daß während der dreimonatigen Sperrzeit aus Deutschland auch nicht ein einziger organisierter Kollege zugereist ist.

In Prag besteht die Goldleisten- und Stahmen-fabrik Sigmund Freil das angeblich starke Angebot von Bergolbern dazu, um die an sich wenige verlorenen Arbeitsverhältnisse eher noch zu verschlimmern. Der Inhaber brüstet sich damit, sofort 80 andere Arbeiter zur Hand zu haben, wenn die vorhandenen nicht wollen wie er. Es ist darum Pflicht aller anständigen Kollegen, sich auf alle Fälle auf dieser Verbandssekretärat, Prag, Tama 1, I., zu informieren, ehe sie mit dieser Firma in Verbindung treten.

In Wien wurde am 15. März der Streit der K a m i n a g e r (nach zweijahrsdurchschnittlicher Dauer) durch den Abschluß eines Vertrages beendet. Beteiligt waren an dieser Bewegung ursprünglich 120 Kollegen, die sich auf 36 Betriebe verteilen; einige der letzteren bewilligten bereits in den ersten Wochen des Kampfes. Nun haben die anderen endlich auch nachgegeben. Erreicht wurde die 8½ stündige Arbeitswoche. Vertragsarbeit wird mit 20 Prozent Überstundenarbeit mit 25 Prozent. Lisszahlung entfällt. Für Ausgelernte wurde Mindestlohn von 18 bis 24 Kronen für die Woche festgesetzt. Von 1. November in Kraft.

Aus der Holzindustrie.

Ein berechtigter Streit.

Dass ein Unternehmerorgan einen Streit als berechtigt bezeichnet, ist keine alltägliche Erfahrung. Deshalb verdient es festgehalten zu werden, daß die "Nachzeitung" dieses Urteil über den Streit der Tischler bei Gebrüder Macke in Berlin, Usedomstr. 81, fällt. Die "Nachzeitung" schreibt hierüber in ihrer Nr. 13, Es haben dort, wie wir erfahren, an 100 Mann die Arbeit niedergelegt, und zwar aus dem Grunde, weil die gezahlten Löhne derzeitig niedrig sind, daß sie bei einzelnen Positionen kaum die Hälfte der üblichen Löhne erreichen. Angesichts solcher Verhältnisse kann man selbst in Arbeitgeberkreisen dem Vorgehen der Unternehmer eine gewisse Berechtigung nicht abwenden.

Dieser Streit hat in den letzten Tagen größeres Aufsehen erregt infolge des Verhaltens, welches die berüchtigten Stabmarettleute, die dort als Streitbrecher tätig sind, an den Tag legen. Diese Stabmärette arbeiten mit den Streitbrechern, die derselbe Stabmarett der gleichzeitig bestreiten Tischfabrik von Brämer gestellt hat, Hand in Hand. Mit Wodewaffen ausgerüstet und unter dem furchtbaren Schutz der Polizei fühlen sie sich als Herren der Straße. Zur Kennzeichnung des Gesindels, das hier zusammengezogen wurde, möge die Tafelchen dienen, daß hier darunter auf der berüchtigte Streitbrecher Ruppert bestellt wird, der im vorigen Jahre in Burg bei Magdeburg den Schuhfabrikarbeiter Fritzki ermordet hat, dann aber, dank der vorsätzlichen Verteidigungsrede des Staatsanwalts, von den Magdeburger Geschworenen freigesprochen wurde. Dieser Mensch hat es jetzt schwarz auf weiß, daß er als Streitbrecher ungezügelt einen totsichlagentan kann, und er ist bemüht, von dieser Freiheit den weitesten Gebrauch zu machen.

Vom Abend des 1. April kam es zu einem Zusammenstoß in der Nähe der Stabmärette Ruppert. Die Brämerschen Streitbrecher waren dorthin gelommen, um ihren betreuten Verdiasten Stabmärette beim Virempeln der Streitposten beihilflich zu sein. Natürlich war auch der Ruppert dabei, der wieder mit seinem Schießen hantierte und dabei noch die Freiheit besaß, einen Polizisten um Schuß vor den Arbeitern anzugreifen, die von ihm bedroht waren. Als der Schuhmann es ablehnte, dem Ruppert die Bronzenglocke abzunehmen, weil er im Besitz eines Waffenstillstandes sei, schritt die anwesende Menschenmenge zur Selbsthilfe. Der Ruppert wurde zu Boden geworfen und erhielt bei dieser Gelegenheit eine rechtlich verdiente Fracht Prügel. Durch die Schüsse, die er auch diesmal wieder abgab, weint er sich aber nur selbst verletzt zu haben. Er soll mit Schußwunden an der linken Hand und an der linken Wade ins Krankenhaus gebracht worden sein. Wie die Tageszeitungen berichten, hätte er auch Stichwunden am Kopf davorgetragen, doch handelt es sich hier wahrscheinlich um Spuren des Schuhmannsabels. Ein Polizist wußte nämlich nichts Geheimeres zu tun, als seinen Säbel zu ziehen und damit auf einen Schlosser einzuhauen, der im Begriff war, dem schiekenden Streitbrecher seine Waffe abzunehmen. Bei dieser Gelegenheit durfte auch der Schüling der Polizei in unsanfte Berührung mit dem Schuhmannsäbel kommen.

Ob der gefährliche Streitbrecher Ruppert infolge dieses Renvoires auf längere Zeit seiner "üblichen Tätigkeit" entzogen ist, wissen wir nicht. Es wäre aber zu wünschen, daß die Polizei auf die Streitbrecher, denen sie ihren Schutz angebietet läßt, ein wachsameres Auge wirkt. Kerle, wie der Totschläger Ruppert, sind eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit, und die Behörden dürfen sich nicht wundern, daß die bedrohten Arbeiter schließlich zur Selbsthilfe greifen, wenn es solchen gemeingefährlichen Elementen gestattet wird, nach Belieben zu schalten und zu walten.

Die Maifeier. In diesem Jahre fällt der 1. Mai auf einen gesetzlichen Feiertag, den Himmelfahrtstag. Dadurch werden die sonst üblichen Auseinandersetzungen über die Arbeitsruhe am 1. Mai überflüssig. Das Arrangement der Veranstaltungen für die Maifeier obliegt den Organisationen an den einzelnen Orten und es sollte darauf bedacht genommen werden, daß auch unsere Kollegen sich sollzählig an der Feier beteiligen. Es sind eine ganze Reihe von Momenten vorhanden, die bei der diesjährigen Maifeier in den Kreis der Betrachtungen gegeben werden müssen, und da der leidige Streit um die Arbeitsruhe diesmal auscheidet, darf wohl erwartet werden, daß die Maifeier in diesem Jahre einen besondes würdigen Verlauf nimmt.

Unfallgefahren jugendlicher Arbeiter an Holzbearbeitungsmaschinen. Aus Bayern wird uns geschrieben; in niederbayerischen Zeitungen war länglich die nachstehende Meldung zu lesen:

"Söldlich verunglückt. Samstag den 10. März wurde der 14jährige Schreinermeistersohn Karl Holzapfel in Höggling vom Motor erfaßt. Er erlitt dabei einen Schädelbruch und schwere innere Verletzungen, denen er trotz ärztlicher Behandlung am Mittwoch erlag, ohne das Bewußtsein wiedererlangt zu haben."

Wir greifen diesen Fall heraus aus dem traurigen Staatspiel der Beschäftigung jugendlicher Arbeiter an den gefährlichen Maschinen zur Holzbearbeitung. Diese Fälle sind geradezu typisch geworden auf dem platten Lande durch die Einnahme der Maschinen in den kleineren Schreinereibetrieben. In diesen werden in der Regel keine Gehilfen beschäftigt, der Meister arbeitet mit seinen Lehrlingen oder jungen Söhnen an den Maschinen unter Auflösung der vorgeschriebenen Schutzherrichtungen. Waren die letzteren angebracht gewesen, hätte der angeführte Unfall unmöglich vorkommen können. Mangelnde Aufsicht der Behörden schützt diese Meister obendrein noch vor Bestrafung. Die Konferenz der Maschinenarbeiter forderte neben der Vermehrung der Aufsichtsorgane zur gründlichen und vernünftigen Revision der Betriebe, auch ein "Verbot der Beschäftigung jugendlicher Arbeiter und Lehrlinge unter 17 Jahren an den Maschinen". Wann werden endlich die Gesetzgeber diesen berechtigten Forderungen unseres Verbandes Rechnung tragen?

Der Verband deutscher Pantoffelmacher, die Unternehmervororganisation im Pantoffelmachergewerbe, blickt auf ein zehnjähriges Bestehen zurück. Der Verbandsvorsitzende hat aus dem Aulah den Pegasus bestiegen und das arme Tier durchbohrt malträtiert.

Das Ergebnis seines Rittes in das Land der Poesie, "ein Lied, das Stein erweichen, Menschen rasend machen kann", hat er an der Spitze der letzten Nummer seines Blättchens abgedrucken lassen. In einem Artikel in der gleichen Nummer teilt der Vorsitzende mit, daß er etwas ganz Außerordentliches plant, einen Antrag, von dem er selbst sagt, daß er "einfachend sein wird". Er gibt ihn aber noch rechtzeitig bekannt, um einen oder Wider von den Kollegen zu hören. Dieser einschneidende Antrag lautet: "Der Verbandstag wolle beschließen, die Handwerksschwestern aufzufordern, Zwangsummungen zu veranlassen." In der Tat, eine großartige Idee; wenn damit nicht der Pantoffelmacher auf die Strümpfe geholfen wird, dann hilft ihr überhaupt nichts mehr. Der Verbandsvorsitzende sagt selbst: "Die Zwangsummung hat das Recht, einen Minimalpreis aufzustellen, und damit ist uns allen geholfen." Es ist lediglich das persönliche Recht des Verbandsvorstandes, daß der § 100q der Gewerbeordnung das Gegenteil sagt. Da diese Bestimmung auch für eventuell zu erreichende Zwangsummungen der Pantoffelmacher gelten würde, wird auch dieser Versuch, das ehrbare Handwerk zu heben, keinen Erfolg zeitigen, und dem Herrn Verbandsvorsitzenden kann es noch ratieren, daß er statt des erwarteten Erfalls für seine fahne Idee Hingelächter erntet. Und dabei hat er es doch so gut gemeint.

Der französische Korbmacherverband, der 15 Filialen zähle, hat den Anfang an den Möbelarbeiterverband befohlen; der Übergang ist bereits vollzogen. Der französische Möbelarbeiterverband beruft bekanntlich auf dem Zentralrat, die einzelnen Mitgliedschaften haben ein weitgehendes Selbstbestimmungsrecht. Die Zusammengehörigkeit wird aufrechterhalten durch die Zahlung eines Beitrages an die Zentrale. Dieser Beitrag beträgt 25 Centimes pro Mitglied und Monat. Der Beitrag, den das einzelne Mitglied an sein Syndikat zahlt, ist natürlich erheblich höher. Die Zentrale liefert den Mitgliedern das Verbandsorgan und gewährt, soweit das bei den niederen Beiträgen möglich ist, Streitunterstützung.

Gewerkschaftliches.

Die christliche Gewerkschaftsbewegung im Jahre 1912.

Der Bericht des Gesamtbefehlshabers der christlichen Gewerkschaften für das Jahr 1912 ist etwas dürrig ausgefallen. Eindeutig wird auf die Reichstagswahl Bezug genommen, von der es heißt, daß sie unter dem Zeichen erbitterten Kriegs zwischen den klerikalischen Parteien stand, mit dem praktischen Ergebnis, daß der Sozialdemokratie die Hasen in die Falle gelagt wurden. Das mag für die christlichen Gewerkschaften recht schmerzlich sein, für die Arbeiterschaft ist aber dieser Erfolg hocherfreulich. Eingehender bemühtigt sich der Bericht mit den Sämlingen der Bergarbeiter. Er gibt keine Lehren für die Auszulierung von Gewerkschaften und besont ganz richtig, daß der Gewerkschaftsführer in gewerkschaftlichen Formen geführt werden muß, denn Gewerkschaft heißt schließlich Organisation, d. i. Disziplinierung, Erziehung der Männer zur geordneten Behandlung ihrer Interessen.

Das wird erläutzt zur Begründung des von dem Gewerkschaftsrat christlicher Bergarbeiter organisierten Streitkampfes im Ruhrkreis. Kämpfend gemacht weiß, aber der sonst so geprägte Generalsekretär nichts über die drinliebe Taktik im Saargebiet zu sagen. Er erwähnt wohl die am Ende des Jahres erfolgte Einleitung der Bergarbeiterbewegung im Saarbezirk, sagt es aber bei dieser läufigen Erwähnung lebendig. Das ist erklärlich, seitens des Verhaltens der Christen bei den Bergarbeiterbewegungen im Ruhrkreis und im Saargebiet läßt ein großes Wunderwunder, daß auch die Sophist der christlichen Gewerkschaften an seiner Herabachtung zurückstecken möge. Der Sieg der Christen im Ruhrkreis gewichtete gewerkschaftlichen Gewaltlagen wider sprach, um wieviel mehr die Einleitung der Bergarbeiterbewegung im Saargebiet, wo die Organisation der Bergarbeiter noch viel schlechter war. Im Ruhrgebiet hätte sich der Sieg der Organisation ausgleichen lassen, wenn die beruhenden Organisationen planmäßig zusammengezogen hätten. Die Christen haben aber das Zu-

sammenwirken mit Vorbedacht verhindert und den Streitkampf planmäßig organisiert, zum Vergnügen der Unternehmer, zu deren Charakterisierung der christliche Generalsekretär schäfe Worte findet. Im Saargebiet haben die Christen, trotz der Schwäche der eigenen Organisation, die anderen Verbände zurückgestossen. Allerdings war es ihnen auch hier nicht um eine Verbesserung der Arbeitsverhältnisse zu tun, sondern um einen Ersatz für ihren Verband, der allerdings fehlgeschlagen ist. Die Lohnbewegung im Saargebiet wird der christliche Ausschuss in seinem nächstjährigen Bericht besprechen und hierbei ganz andere Argumente zum besten geben, als die Weishell, die er diesmal produziert.

Sehr schmerzlich empfindet es der christliche Ausschuss, daß die Agrarier für die Bestrebungen der Christen, die Landarbeiter für ihre Zwecke einzusangen, so gar kein Verständnis haben. Dabei haben sich die Christen die Sache doch sehr gründlich überlegt und aus ganz besonderen Gründen ihren Begehren an die Spitze der christlichen Landarbeiterorganisation gestellt. Die Wahl dieser Person allein hätte doch die Agrarier schon überzeugen müssen, daß es sich bei der Gründung des christlichen Landarbeiterverbandes nicht darum handelt, die Lage der Landarbeiter zu heben, sondern nur um zu verhindern, daß den landwirtschaftlichen Unternehmern aus der von den freien Gewerkschaften unter den Landarbeitern betriebenen Agitation Nachteile erwachsen. Die Agrarier sind aber so verbohrt, daß sie selbst ihren eigenen Vorteil nicht erkennen.

Das Freundschaftsverhältnis zwischen den christlichen Gewerkschaften und den Hirsch-Dunderschen Gewerbetrieben, die Frucht jahrelanger Bemühungen des Dreikönig v. Perley und des Professors Franke, geht in die Brüche. Der christliche Ausschuss schreibt die Schuld dafür auf die Kirche, und diese wieder machen die Christen für die Trübung des Verhältnisses verantwortlich. Wer reich hat, wollen wir nicht entscheiden. Der Bericht weist übrigens darauf hin, daß im Holzgewerbe der christliche und der Hirsch-Dundersche Verband insbesondere bei Tarifbewegungen verhältnismäßig gut zusammenarbeiten. Das ist richtig; an den großen Tarifbewegungen in der Holzindustrie sind auch diese beiden Organisationen beteiligt; sie haben aber, was sich schon aus der Geringfügigkeit ihrer Mitgliederziffer ergibt, praktisch wenig zu sagen.

Als Ergebnis des Gewerkschaftsberichts im katholischen Lande ergibt sich folgendermaßen der Bericht, die katholischen Arbeiterschwestern "Sitz Berlin" hätten praktisch lediglich nur erzielt, "daß die kirchliche Autorität im katholischen Lager den schwersten Erschütterungen ausgesetzt wurde". Berücksichtigt wird in dem Bericht, daß trotz dieser Erschütterungen die kirchliche Autorität siegreich geblieben ist und ihr Einfluß auf die christlichen Gewerkschaften noch weiter gesetzigt wurde. Dazwischen die christliche Gewerkschaftsbewegung infolge des Streits im christlichen Lager in der Leistungsfähigkeit viel erweitert wurde, registriert der Bericht als einen Erfolg. Das ist aber ein schwacher Trost angesichts des Schadens, den die christlichen Gewerkschaften durch diesen Streit erlitten haben. Reagiert hat der Bericht: "Was da verloren wurde, ist unverdänglich dahin, wenigstens insofern, als es dem gemeinsamen Gegner zugesessen ist."

Trotzdem blüht die Leitung der christlichen Gewerkschaften mit großen Hoffnungen in die Zukunft. Es wird eine sehr lebhafte Agitation entfaltet. Um die Erhöhung der Ortsarbeiter bemüht sich ein eigenes, beim Gesamtverband eingerichtetes Dezernat. Ein anderes, das Preßdezernat, hat die Aufgabe, durch die Verbreitung der "Gewerkschaftskorrespondenz" für eine sachliche Information der öffentlichen Meinung zu sorgen. Den Spuren dieser Korrespondenz begegnet man nicht selten in der Presse; ihre Sachlichkeit steht im allgemeinen auf der gleichen Höhe wie die der Korrespondenz des berühmten Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie. Auch der Beeinflussung der Jugend widmet die Leitung der christlichen Gewerkschaften große Aufmerksamkeit; sie gibt für diesen Zweck eine besondere Korrespondenz heraus.

Der Haushaltsbericht des Generalsekretariats sieht bei 152 249 M. Einnahmen und 137 975 M. Ausgaben mit einem Rentstand von 17 270 M. ab gegen 16 258 Mark am Schluß des Vorjahrens. Unter den Einnahmen ist als wichtigster Posten Beiträge mit 84 082 M. verzeichnet, daneben figurieren als Extrabeiträge noch 9470 Mark. Für diesen Posten gibt der Statutararzt eine merkwürdige Erläuterung, demnach wäre der Posten Extrabeiträge "ein Ergebnis der im Berichtsjahr entstandenen besonderen Umstände". Dazwischen liegen Extrabeiträge ergeben, ist zum mindesten neu; wir wollen es aber bestimmt nicht lachen, ob ja der Berichtsteller nur im Ausdruck vergessen hat oder ob er eine besondere Veranlassung hatte, sich so auszudrücken. Für Agitation wurden im Berichtsjahr 37 373 M. ausgegeben; der größte Teil dieser Beiträge entfällt auf die Unterhaltung einer Anzahl Sekretariate. Solche existieren in Bayern mit dem Sitz in München, Baden (Karlsruhe), Württemberg-Schwarzwald (Erfurt, Sachsen (Dresden), Sachsen-Anhalt (Hannover)). Das württembergische Sekretariat in Stuttgart ist ausgelöscht bzw. an das badische angegliedert worden, nachdem der seitherige Sekretär im konservativen Partei sekretariat Karlsruhe gefunden hat. Am 1. Oktober wurde ein neues Sekretariat für Westdeutschland in Ehren errichtet. Dieses hat noch keinen beprägten Bericht geleistet, degegen nehmen die anderen Sekretäre in ihren Sonderberichten den Mund sehr voll. Das gehört so zum Geschäft,

wenn auch die wirklichen Erfolge recht bescheiden sind. So ist diesen Berichten zu entnehmen, daß es an Mitgliedern der christlichen Gewerkschaften gibt: im rechtsrheinischen Bayern 60 648, in Baden 11 200, in Württemberg 9500, in Norddeutschland 8546. Die Mitgliederzahlen in Mitteldeutschland und Sachsen werden schamhaft verschwiegen. Im Vergleich zu den so bitter gehafteten freien Gewerkschaften ist also die Anhängerschaft der christlichen Verbände recht gering. Aber was ihnen an Macht und Einfluß fehlt, das erscheint sie durch großspurige Redensarten, und auf diesem Gebiete sind sie wirklich leistungsfähig.

Der Bäckerverband hat im Jahre 1912 seine Mitgliederzahl um 13,5 Proz. vermehrt, sie stieg von 26 468 auf 30 061. Hiervon waren 25 152 männliche und 4900 weibliche Personen. Die letzteren vertreten sich hauptsächlich aus den Arbeiterinnen der Schokoladen- und Keksfabriken. Sehr stark ist die Arbeitslosigkeit unter den Mitgliedern des Bäckerverbandes verbreitet; an Arbeitslosenunterstützung wurden 104 900 M. ausgegeben gegen 79 400 M. für Kranken und 44 000 M. für eigene Streit. Das Verbandsvermögen ist im Jahre 1912 von 293 373 M. auf 410 852 M. gestiegen.

Über die Arbeitsverhältnisse im Bäcker- und Konditorengewerbe unterrichtet eine im Herbst 1912 vorgenommene Umfrage des Verbandes, deren Ergebnisse in dem jetzt veröffentlichten Jahrbuch des Verbandes mitgeteilt werden. In Bäckereien wurden insgesamt 39 150 ermittelt, die zusammen 41 282 Bäcker, 2088 Konditoren, 1668 Hilfsarbeiter, 451 Arbeiterinnen und 21 526 Lehrlinge beschäftigen. Die Zahl der Lehrlinge ist also erstaunlich groß, auf je 2 Gefüllten kommt 1 Lehrling, was zur Folge hat, daß ständig ein großer Teil der Berufsangehörigen später wieder aus dem Berufe ausscheiden muss. Genossenschaftliche Bäckereien waren 262 vorhanden, die bereits 3000 Personen beschäftigen. Von jenen 44 292 Bäckern arbeiteten noch 26 186 bei voller Lohn und Logis und nur 15 271 gegen vollen Barlohn. Der durchschnittliche Wochenverdienst betrug bei Lehrlingen 27,75 M., bei Bäckern und Logis dagegen nur 10,46 M. Bei den Konditoren sind die Durchschnitte um ein Klein wenig höher, nämlich 28,64 M., bzw. 11,85 M. Über die Arbeitszeit sind Angaben überhaupt nicht gemacht, sie ist bekanntlich vielfach noch sehr lang. Die Wochenverdienste der ungelernten Arbeiter der Fabrikbetriebe (für Schokoladen-, Keksfabriken usw.) betragen bei einem Alter von unter 16 Jahren durchschnittlich 9,02 M. für männliche und 7,40 M. für weibliche Personen, für ältere männliche 22,01 M., weibliche 11,47 M.

An Konditoreien wurden 3296 mit 4413 Konditoren, 966 Hilfsarbeiter, 202 Arbeiterinnen und 1848 Lehrlingen gezählt, an Fabrikbetrieben 748 mit 2251 Bäckern, 3356 Konditoren, 10 152 Hilfsarbeiter und 28 677 Arbeiterinnen. In Organisationssähigen sind also rund 56 000 gelehrte, 15 000 ungelernte Arbeiter und 29 000 Arbeiterinnen vorhanden.

Der Gemeindearbeiterverband führt das Jahr 1912 mit 51 089 Mitgliedern ab. Das entspricht gegenüber dem Stande des Vorjahres einer Zunahme von 3707 Mitgliedern oder 7,8 Proz. Von den 210 Filialen sind die stärksten: Groß-Berlin mit 9629, Hamburg mit 6434, München mit 3015 und Stuttgart mit 1941 Mitgliedern. Die reine Einnahme der Hauptfasse betrug 771 663 M., wozu 415 414 M. aller Bestand kam. Unter den Ausgaben steht die Krankenunterstützung mit 191 539 M. oben, während die Unterstützungen der Streitenden mit 24 804 M. und die der Arbeitslosen mit 23 720 M. erst in weitem Abstand folgen, was sich aus der Eigenart der Beschäftigung erklärt. Nach Abzug der Gesamtausgaben von 649 014 M. verbleibt der Hauptfasse ein Vermögen von 538 094 M., während die Lokalfassen über weitere 308 759 M. verfügen.

Soziale Rechtspflege.

Berdiente Akkordüberschüsse müssen ausgezahlt werden.

Ein wichtiges Urteil hat kürzlich die 6. Zivilkammer des Hamburger Landgerichts gefällt. Es handelt sich nur um Lohnforderungen, welche drei Schlosser gegen die Werkstatt von Blohm u. Voß erhoben. Sie hatten in Altona gearbeitet und waren entlassen worden, weil sie sich an der Maiwelle beteiligt hatten. Am 11. Mai wurden sie wieder eingestellt und sie fanden an ihrer Arbeit, die inzwischen liegen gelassen war, weiter arbeiten. Bei der Beendigung des Akkords wurde ihnen aber der Akkordüberschuss für die vor dem 1. Mai liegende Arbeitsleistung verweigert. Hierbei fanden Beträge von 33,15 M. bzw. 73,33 M. bezw. 27 M. in Betracht, dagegen die benachteiligten Schlosser vor dem Gewerberichter klagten. Hier wurde ihre Klage abgewiesen.

Nach der Arbeitsordnung kann das Arbeitsverhältnis bei Blohm u. Voß jederzeit ohne Kündigung gelöst werden. Akkordarbeiter, die freiwillig auf ordnungsmäßigen Wege ausscheiden, kann die Firma ausnahmsweise, so heißt es in der Arbeitsordnung, "den etwaigen Ueberdurch zuwendung". Das Gewerberichter stellte sich nun auf den Standpunkt, daß es sich hier nicht um ein freiwilliges Ausscheiden handele. Die Firma habe die Arbeiter durch Plakatausschläge vor der Arbeitsruhe gewarnt unter Androhung der Entlassung. Die drei Schlosser, die trotzdem gezeigt haben, sind deshalb wegen unbegründeter Verlassens der Arbeit entlassen worden und damit haben sie nach der Arbeitsordnung das Recht auf den Akkordüberschuss verloren. Der Gewerberichter der Arbeiter, daß die fragliche Bestimmung der Arbeitsordnung gegen die guten Sitten verstößt und deshalb nichtig sei, wurde vom Gewerberichter nicht als berechtigt erkannt.

Gegen das abweisende Urteil des Gewerberichters konnte, da der Streitwert insgesamt 100 M. übersteigt, Berufung beim Landgericht eingereicht werden. Hier führte der Vertreter der Kläger aus, es liege ein Widerspruch darin, daß das Arbeitsverhältnis jeden Tag am Schlusse der Arbeitszeit gelöst werden könne, während Akkorde vereinbart werden, deren Fertigstellung längere Zeit

in Anspruch nehme. Damit wird dem Arbeiter das Recht, die Arbeit jederzeit zu verlassen, wieder genommen, da er, wenn er von diesem Recht Gebrauch macht, einen Lohnverlust erleidet. Der Ausdruck „Lohnüberschuss“ ist auch irreführend, denn es handelt sich dabei nicht um einen Nebenlöhnu, sondern um einen Teil des Lohnes.

Der Vertreter der Kläger hatte auch ein umfangreiches Gutachten des Professors Lotmar in Wern, einer anerkannten Autorität auf dem Gebiete des Arbeiterschritts, beigebracht. Lotmar steht auf dem Standpunkt, daß der Unternehmer nicht berechtigt ist, einen Lohnabzug bei Altkordbruch in der Weise, wie es die Fabrikordnung von Blohm u. Voß tut, auszubedingen. Solche Abzüge sind nur in den durch die Gesetze bestimmten Fällen und nur in dem dort bestimmten Umfang zulässig. Diese Gesetzesstellen sind § 184, I., RGÖ, und § 623, II., BGW. Die Vertragstafel, die den Altkordarbeiter mit dem Verlust eines Teiles seines Lohnes, nämlich des sogenannten Altkordüberschusses bedroht, ist aber nicht nur rechtswidrig, sie ist auch moralwidrig und widerspricht den guten Sitten. Diese Drohung hat den Zweck, nach der Richtung auf den Arbeiter zu wirken, daß er seinen übernommenen Altkord ausführt. Je näher ihrer Vollendung die Altkordarbeit gebracht werde und je mehr somit der Arbeiter seine Arbeitspflicht erfüllt habe, um so geringer müsse der Lohnabzug sein, wenn Altkordbruch eintrete. Das Gegenteil sei aber im vorliegenden Falle geschehen, diese verkehrte Proportion sei sonach moralwidrig und damit sei die private Bestimmung der Werft, die eine solche moralwidrige Verfügung stütze, selbst unmoralisch und deshalb ungültig.

Nachdem das Gericht wiederholt über den Streitfall verhandelt hatte, wurde am 28. März das Urteil verkündet. Es lautet dahin, daß das Urteil des Gewerbege richts aufgehoben wird. Die Firma Blohm u. Voß wurde verurteilt, die eingelagerten Verträge zu zahlen und sie hat auch die Kosten des Rechtsstreites zu tragen.

Eingesandt.

Zentralkommission der Gummibrexler.

In der im Monat Februar abgehaltenen Sitzungsversammlung der Drexler fäschels wurde unter anderem die Neuordnung der Zentralkommission vorgenommen. Gewählt wurden die Kollegen Oskar Schneider, Heinrich Schmidt, Hugo Frank, Friedr. Nolte und Heinrich Löber.

In der konstituierenden Sitzung wurde Heinrich Löber als Vorsitzender, Friedr. Nolte als Schriftführer gewählt. Alle Zuschriften sind zu richten an: Heinrich Löber, Kassel, Frankfurter Str. 183, H. I.

N.B. Die Vertrauensleute der chirurgischen Branche werden ersucht, soweit dies noch nicht geschehen, ihre Adresse und event. Bericht baldigst einzuseinden.

Zur Gummibrexlerkonferenz.

Es beruht eigentlich, daß trotz mehrerer Artikel in unserer Zeitung welche sich mit der Lage der Gummibrexler beschäftigten, die Zentralkommission der Gummibrexler sich in Schweigen hält. Denn gerade die Zentralkommission ist doch dazu berufen, das Interesse der Kollegen für den Verband zu heben, und nicht, wie es der Einschluß hat, einen Widerschlag zu halten. Gerade die Gummibrexler sind durch verschiedenste Verbandszugehörigkeit in ihrer Tätigkeit gehemmt; auch wollen wir darauf hinweisen, daß sich der Fabrikarbeiterverband erneut benutzt, die Gummibrexler für sich zu beanspruchen.

Eine Branchenversammlung, welche sich mit der Lage der Gummibrexler beschäftigte, fand am 8. März statt. Schon allein der starke Besuch zeigte, daß die Kollegen ein Interesse daran haben, vorwärts zu schreiten. Denn hier in Hamburg bestehen nicht nur chirurgische, sondern auch technische und Füllhalterbetriebe, und der Preisunterschied, der schon jetzt zwischen den einzelnen Orten besteht, gibt zu Denken Anlaß. Und Ansicht aller Kollegen war es, daß es in Zukunft nicht so weiter gehen kann. Vermängt wurde, daß der Sitz der Zentralkommission ein ungünstiger sei und die Mitglieder der Kommission als chirurgische Drexler beim besten Willen kein richtiges Verständnis für die technischen und Füllhalterdrexler haben könnten.

Hauptaufgabe der hoffentlich bald stattfindenden Konferenz müsse es sein, die Zentralkommission nach einem solchen Ort zu verlegen, wo alle drei Berufe vertreten sind. Ein dahinzielender Antrag fand einstimmige Annahme. Außerdem wählten die Hamburger Drexler eine fünfsitzige Kommission, welche die Zentralkommission in der

Agitation unter den technischen und Füllhalterdrexlern unterstützen soll. Aufgabe der Kollegen allerorts ist es, nun kräftig zu agitieren, um endlich mit einen Schritt vorwärts zu kommen.

V. U.: P. Kruse, Hamburg 39, Warmbücher Str. 48 III.

Zur Bürstenmacher-Konferenz.

Die geplante Konferenz wird zweifellos unseren Kollegen zum Vorteil gereichen, aber als Altheilmittel zur Besserung unserer recht traurigen Lage, wird man sie nicht betrachten dürfen. Nach wie vor wird eine rege Agitation von Mind zu Mind notwendig sein, wobei uns allerdings mancher Kollege aus anderen Branchen wohlfeil sein könnte. Das gilt insbesondere für solche Orte, wo sich eine Verbands-Bürosstelle befindet; aber vielleicht nur ein bis zwei Bürestenmacher beschäftigt sind, welche von uns nicht erfaßt werden können. Meist handelt es sich um Kollegen, die auf eine Offerte in der Musterzeitung in Arbeit treten. Kommen sie dann in einen Betrieb, wo wir Fuß gesetzt haben, so treten sie dem Verband bei. Ist aber das Verhältnis ungelehrt, so bleiben sie unorganisiert, bis sie dann endlich entdeckt werden. Als wichtigsten Punkt der Tagesordnung betrachte ich die Beziehung der allgemeinen Lage im Beruf. Hierbei wird sich dann zweifellos ergeben, daß die Kollegen öfters darüber unterrichtet sein wollen, damit man auch weiß, wie die Verhältnisse im Reiche stehen. Dies weiß man heute nicht oder doch nur von den Orten, wo ein Tarifvertrag besteht. Selbstverständlich müssen andere wichtige Lebensfragen mit erörtert werden. Als solche nenne ich Arbeitsnachweis, Arbeitsschutz, Bekämpfung der Altkordarbeit, Arbeitszeitverkürzung, Tarifverträge usw. Alle diese wichtigen Fragen dürfen wir nicht außer acht lassen. Ob aber die Konferenz dazu ein Machtwort sprechen kann, muß bei den Verhältnissen, wie sie zurzeit im Berufe liegen, bezweifelt werden. Auch die Frage Organisation und Agitation ist sehr wichtig. Es können neue Richtlinien gezeigt werden; die Gründung der angeregten Agitationsbeiräte scheint sehr empfehlenswert. Die Agitation muß aber jetzt schon kräftig einsetzen, damit die Kollegen überall nur erfreuliches berichten können. Wo es möglich ist wäre mit Rücksicht auf die zahlreiche Frauenarbeit notwendig, einige Frauen zu delegieren. Als Tagungsstadt sind wohl die wichtigsten Fragen, welche einer gründlichen Aussprache bedürfen. Auch wir haben uns in einer Branchenversammlung damit beschäftigt. Zur Nachweizfrage möchten wir empfehlen, einen Zentralarbeitsnachweis einzurichten, dessen Verwaltungsfosten der Verband übernimmt, und der für beide Teile kostentos vermittelt. Bezirks- und Gauarbeitsnachweise werden nicht die gewünschten Erfolge bringen. Beweiss. Minimaltarife gegen auch mir den Wunsch, endlich einmal eine Grundlage zu sehen. Geschieht dieses nicht bald, dann ist es kaum noch möglich, in den Großstädten für die Kollegen etwas herauszuschlagen, zu können. Auch wir in Bremen haben furchtbare unter der auswärtigen Konkurrenz zu leiden; sicherlich doch die Freiberger und vor allem die Firmen im Schwarzwald ihre Waren zu kaum plausiblen Preisen. Die Zahl der Kollegen in den Großstädten wird immer kleiner. Wird einmal eine Lohnforderung gestellt, dann hört man immer das alte Bild: Müssen wir die Scheidefirmen höhere Löhne beziehen, dann bewilligen wir gern. Wir sehen also, daß es keinen anderen Weg gibt als den, auch den letzten Kollegen für den Verband zu gewinnen. Noch einen Vorschlag möchten wir machen, der wohl Beachtung verdient. Es wäre dies die Übernahme der Bürstenproduktion durch die Großkaufgesellschaft. Viele Konsumvereine decken noch ihren Bedarf an Bürstenwaren von Firmen, welche ganz miserable Löhne beziehen. Auch hierüber könnte einmal diskutiert werden, schaden wird es nicht. Ferner würfeln wir, daß Ansätze von solchen Meistern, welche noch Art und Logik geben, in der „Holzarbeiter-Zeitung“ nicht mehr aufgenommen werden. Höffentlich werden recht viel Kollegen zur Konferenz delegiert, damit eine gründliche Aussprache stattfinden kann.

August Kollross - Braunschweig.

Die Notwendigkeit einer Konferenz wird fast von allen Kollegen anerkannt. Am Material wird es nicht fehlen; haben doch die letzten Nummern der „Holzarbeiter-Zeitung“ Vorengungen genug gebracht. Zentralarbeitsnachweis und Minimaltarif sind wohl die wichtigsten Fragen, welche einer gründlichen Aussprache bedürfen. Auch wir haben uns in einer Branchenversammlung damit beschäftigt. Zur Nachweizfrage möchten wir empfehlen, einen Zentralarbeitsnachweis einzurichten, dessen Verwaltungsfosten der Verband übernimmt, und der für beide Teile kostentos vermittelt. Bezirks- und Gauarbeitsnachweise werden nicht die gewünschten Erfolge bringen. Beweiss. Minimaltarife gegen auch mir den Wunsch, endlich einmal eine Grundlage zu sehen. Geschieht dieses nicht bald, dann ist es kaum noch möglich, in den Großstädten für die Kollegen etwas herauszuschlagen, zu können. Auch wir in Bremen haben furchtbare unter der auswärtigen Konkurrenz zu leiden; sicherlich doch die Freiberger und vor allem die Firmen im Schwarzwald ihre Waren zu kaum plausiblen Preisen. Die Zahl der Kollegen in den Großstädten wird immer kleiner. Wird einmal eine Lohnforderung gestellt, dann hört man immer das alte Bild: Müssen wir die Scheidefirmen höhere Löhne beziehen, dann bewilligen wir gern. Wir sehen also, daß es keinen anderen Weg gibt als den, auch den letzten Kollegen für den Verband zu gewinnen. Noch einen Vorschlag möchten wir machen, der wohl Beachtung verdient. Es wäre dies die Übernahme der Bürstenproduktion durch die Großkaufgesellschaft. Viele Konsumvereine decken noch ihren Bedarf an Bürstenwaren von Firmen, welche ganz miserable Löhne beziehen. Auch hierüber könnte einmal diskutiert werden, schaden wird es nicht. Ferner würfeln wir, daß Ansätze von solchen Meistern, welche noch Art und Logik geben, in der „Holzarbeiter-Zeitung“ nicht mehr aufgenommen werden. Höffentlich werden recht viel Kollegen zur Konferenz delegiert, damit eine gründliche Aussprache stattfinden kann.

Die Herausgabe einer Agitationsbrochüre, wie im Jahre

1903, wäre wieder angebracht. Als Tagungsort der Konferenz schlagen auch wir Schönheide vor.

M. Bimmermann - Bremen.

Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der deutschen Drexler und deren Berufsgenossen

(G. K. 88, Hamburg).

Im März sandten Überfälle ein: Siegburg 400 Pfst., Hamburg 11. 150 Pf., Summa 550 Pf.

Aufschuß erhielten: Berlin B. 300 Pf., Kaiserslautern und Leipzig je 200 Pf., Hamburg 111, Hannover, Köln, Fürth und München je 100 Pf., Siegen 50 Pf., Summa 1250 Pf.

K. Maymann - Hamburg 31.

Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Eischner und anderer gewerblicher Arbeiter

(Kleiner Verein auf Gegenseitigkeit.)

Einnahme im März.

Überfälle sandten ein: Lichtenberg 800, Freiburg i. B., Lindau je 600, Frankfurt 11, H. Böcker je 500, Elberfeld 450, Erlangen, Hannover, Görde, Plaue, Weissenburg je 400, Aschaffenburg 350, Worms 300, Dresden-N., Düsseldorf, Friedrichsdorf, Friedrichsfelde, Gotha, Hamburg IV, Wiesbaden, Ochsenfurt, Schönfeld, Sellerhausen, Spandau, Wallendorf, Wiesbaden, Winkel, Brandenburg je 200, Boffzen 160, Dortmund 11, Neudorf, Schweinfurt je 150, Apolda, Bergedorf, Bergshausen, Burgstädt, Bamberg, Delitzsch, Döbeln, Eberswalde, Gera, Gröningen, Großenhain, Hörschel, Jena, Lehesten, Leuna, Marktredwitz, Meerane, Neustrelitz, Passau 500, Pößneck, Schwerin, Bach je 100, Fulda 95, Hochspeyer 90, Ohsau 80, Rostock 75 Pf.

Summe der Überfälle 18.150 - Pf.

Beiträge von Einzelmitgliedern 2.946,15

Zinsen 20.882,78

Sonstige Einnahmen 5.441,58

Gesamteinnahme 42.870,51 Pf.

Zustuf erhielten: Berlin F. 2000, Neukölln 1600, Berlin E. 1200, Augsburg, Fürth, Mannheim, Offenbach I je 800, Berlin H, Mainz, Würzburg 1, Nürnberg je 600, Emmendingen, Göppingen, Heilbronn, Worms je 500, Laatzen 450, Bamberg, Berlin D, Berlin J, Halle, Kiel, Würzburg 1 je 400, Petershain, München, Gladbach, Pößneck, Schoneberg, Ulrichshausen je 350, Ansbach, Niedenheim, Hanau, Heidelberg, Kassel, Kelsterbach, Lemgo, Kirchheim, Münden, Leyhausen, Offenbach II, Reinhardtsdorf, Schönebeck je 300, Bregenzheim, Eßlingen, Künzelsau, Viersen je 250, Bad Cannstatt 220, Babelsberg, Brandenburg, Bruchsal, Köln 11, Dietzenbach, Eddersheim, Eßlingen, Gaggenau, Görlitz, Gotha, Gr. Bismarck, Herford, Liegnitz, Naumburg, Pforzheim, Potsdam, Altheim, Saarbrücken, Speyer, Wesseling, Wilsdruff je 200, Bickendorf, Bonn, Braunschweig, Detmold, Grünwettersbach, Hagen, Lüdenscheid, Neulengsfeld, Neustadt b. L., Nippes, Neideburg, Rothensee, St. Gangloff, Wittingen je 150, Neubach 180, Nümbrecht 120, Berlinburg, Bredow, Budenheim, Büdingen, Bürrig, Bunsdorf, Cöllnwick, Delbrück, Dösenheim, Dürkheim, Eiselen, Ensen-Weithoven, Finsterwalde, Finthen, Gelhausen, Hauses, Helmstedt, Herdecke, Hofsheim o. L., Jena, Kalbach, Lüddecken, Middau, Münder, Neuhäusel, Neustadt a. O., Nittingen, Oberdrus, Osterweddingen, Potschappel, Quittendorf, Rottweil, Schalda, Schw. Hall, Schwartau, Soestheim, Stötteritz, Sudenburg, Tiefenbach, Trotha, Verden, Rüffenhausen je 100, Altena, Untermhaus je 80, Reichshof, Rennstall, Teuchern je 60, Waldheim 70, Friedelshagen, Gleiberg, Gumbinnen, Heiligenrode, Kahla, Klinkow, Mühlangen, Neumühlen, Naujisch, Münsingen, Tübingen, Volkstedt je 50, Wilhelmshausen 30, Wiesenthal 20 Pf.

Summe der Zustufte 34.580 - Pf.

Krankengeld an Einzelmitglieder 4.079,01

Sterbegeld " " 188

Sonstige Ausgaben 6.061,76

Gesamtausgabe 44.806,77 Pf.

Gesamteinnahme 42.870,51 Pf.

Gesamtausgabe 44.806,77

Ablaufnahme des Vermögens 2.456,26 Pf.

M. H. & Co. Hauptkassierer.

Berndau, Sachsen. Der Arbeitsnachweis befindet sich Steinbachstr. 61. Umfragen nicht gestattet.

Zwickau. Die jüngsten Kollegen, welche hier in Arbeit treten wollen, werden ersucht, sich im Gewerbehaus, auf den Platz 35. Die Arbeitsvermittlung erfolgt ebenso 7 bis 8 Uhr. Das Antragsformular ist streng verboten.

Mr. Gladbach. Kollegen, die hier in Arbeit treten wollen, sollen vorher Antritt erhalten, aber die Lohn- und Arbeitsbedingungen bei dem Bevölkerungsbüro, Friedlandstr. 51 a, II. oder bei dem Rathaus, Freizeitstr. 31, VI. Leiter erlaubt. Antritt ist zu Arbeitsvermittlung und zahlbar bei Dienstbeginn. Dienstag abends 6-8 Uhr, Sonnabend 11-1 Uhr. Das Antragen ist zu untersetzen.

Rabenau. Der Arbeitsnachweis für alle Branchen befindet sich im Bureau, Hauptstr. 18, Eingang Mittelgasse 1, 1. Etage. Geöffnet von 11-1 und 6-7 Uhr. Umfragen ist verboten.

Stuttgart. Die Arbeitsvermittlung für Holzarbeiter aller Art erfolgt nur durch das Stadtliche Arbeitsamt in Stuttgart, Schmalestr. 11, in Cannstatt, Höfener Str. 12. Das Antragsformular im Schildstellengebäude ist streng verboten.

Waldenburg, Schlesien. Der Arbeitsnachweis für alle Holzarbeiter befindet sich beim Kollegen O. Bause in Waldenburg, Bergstr. 7. Dasselbe werden alle Unterlagen ausbezahlt. Die Herberge befindet sich im Ehemaligen Kreuz in Waldenburg. Umfragen ist streng verboten.

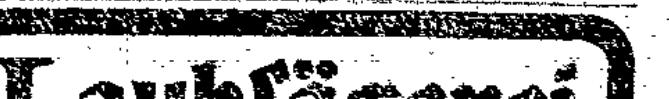
Wiesbaden. Der Arbeitsnachweis für Thäler, Maidhausen, Dreieck und Erbach befindet sich beim Kollegen W. Seifert, Dreieckstr. 12. Die Arbeitsvermittlung erfolgt nur durch das Stadtliche Arbeitsamt in Wiesbaden, Kärtnerstr. 10. Das Antragsformular ist streng verboten.

Güttungs-Marken und Kantschink-Stempel

Liefert seit 30 Jahren

Jean Holze & Co.

Hamburg, Börsenstr. 20



Katalog gratis und franko.

W. H. & Co. Hauptkassierer.

Katalog gratis und franko.

W. H. & Co. Hauptkassierer.

Katalog gratis und franko.

W. H. & Co. Hauptkassierer.

Katalog gratis und franko.

W. H. & Co. Hauptkassierer.

Katalog gratis und franko.

W. H. & Co. Hauptkassierer.

Katalog gratis und franko.

W. H. & Co. Hauptkassierer.

Katalog gratis und franko.

W. H. & Co. Hauptkassierer.

Katalog gratis und franko.

W. H. & Co. Hauptkassierer.

Katalog gratis und franko.

W. H. & Co. Hauptkassierer.

Katalog gratis und

